Arbeiter - Soldat. Eine wechselseitige Metamorphose

Die gewünschte Klientel des RFB wurde in der ersten Satzung des Bundes aus dem Jahr 1924 präzisiert als die

> „Zusammenfassung aller im Deutschen Reich wohnenden Kriegsteilnehmer des Weltkrieges und der im Waffendienst ausgebildeten Männer, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen".[1]

Den hierin genannten Kriegsteilnehmern und im Waffendienst ausgebildeten Männern - also Soldaten - wurde mit dem imaginären „Boden des Klassenkampfes" nicht nur das damit verbundene proletarische Ehrensiegel verliehen, sondern sie wurden ohne nähere Erklärungen verbal mit dem Proletariat, also mit den Arbeitern, verschmolzen. Es wurde also eine Gruppe aus der Bevölkerung mit einer anderen in Beziehung gesetzt und - mathematisch betrachtet - deren Schnittmenge als Zielgruppe definiert.

„Der Rote Frontkämpfer ist ein Soldat der Roten Klassenfront."[2]

Der „Arbeiter", der als Soldat (Frontkämpfer) in den Krieg gezogen war, vollzog bei seiner Rückkehr von der Front nicht einfach eine Umkehrung, sondern er blieb Soldat - wurde aber zusätzlich wieder Arbeiter. In Verbindung mit einem messianisch-politischen Auftrag bekam er mit dieser Doppelidentität versehen die Rolle als uniformiertes Mitglied eines institutionalisierten Schutzfaktors in einer „Massen"-Organisation zu wirken. Sein *Roter Frontkämpferbund* sollte bei Versammlungen und Demonstrationen „als aktivierendes Element in den Kampfleitungen sowie als Schutz für die Streikenden" fungieren. Etkar André begründete die Notwendigkeit des Bundes damit, daß es einige Demonstrationen gegeben habe, „die längst auseinandergeprügelt worden wären, wenn wir nicht als RFB überall einige Gruppen zum Schutze hingestellt hätten."[3] Argumente dieser Kategorie bestätigen die Vorgeschichte des RFB:

Die Revolution von 1918 resultierte aus dem
Aufbegehren der Soldaten - nicht der Arbeiter.

Im ersten, sehr emotional gehaltenen Aufruf zur RFB-Gründung an „jeden Arbeiter"[4] ging dessen Autor in seiner Darstellung von einem Proleten aus, der im Schützengraben gewesen war - ohne jedoch die Bezeichnung Soldat zu benutzen: Der Arbeiter war Frontkämpfer. Der RFB hatte sein Selbstverständnis als „proletarische Selbstschutzorganisation" definiert. Als solche sollte der Bund „allen proletarischen Organisationen und Parteien im Kampf gegen schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-gelbe Reaktion helfen und bei Angriffen der kapitalistischen Garden schützen".[5] Die Einschränkung derjenigen, die in den „Schutz" mit einbezogen wurden - ebenso wie die Selbstbeschreibung - durch das Attribut „proletarisch" stellt unwillkürlich die Frage nach der Bedeutung dieses Begriffs im Verständnis des RFB.

> „Der RFB. versucht, mit allen proletarischen Organisationen soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen im Orts- wie Reichsmaßstabe ein Kartellverhältnis herzustellen, um arbeiterfeindliche Bestrebungen abzuwehren. Zu diesem Zweck kann sich der RFB. auch an Veranstaltungen anderer proletarischer Organisationen unter Wahrung seines Charakters beteili-

---

1 LAS 301-4536 (II.5757 v. 12.9.1924).
2 RFB Mitgliedsbuch (ca. Februar 1926), S. 16 (LAS 301-4546, RKo 1904/26II.).
3 In derartigen Darstellungen wurden gerne Erfolgsmeldungen wie die folgende, von Finker, S. 192, aufgenommen: aus „dem Gau Wasserkante berichtete Etkar André, daß RFB und Rote Marine infolge ihres aktiven Einsatzes beim Fischerstreik 124 Neuaufnahmen verzeichnen konnten".
4 LAS 301-4536 (II.5757 v. 12.9.1924).
5 *Neue Richtlinien über Bedeutung, Aufgaben und Aufbau des R.F.B.*, Punkt 3, November 1925.

gen. Die Beteiligung des RFB. bei derartigen Veranstaltungen darf nur unter Mitnahme der roten Bundesfahne erfolgen, ebenso ist jedes Mitglied verpflichtet, das Bundesabzeichen zu tragen. Dem Vertreter des Bundes muß bei derartigen Veranstaltungen die Möglichkeit gegeben werden, den Charakter und die Bedeutung des RFB. für die gesamte Arbeiterschaft zu betonen."[6]

Der Begriff „Arbeiter" - und analog dazu „Proletarier" - beinhaltete keinerlei soziologische Qualität mehr, sondern war mutiert zum reinen ideologischen Ausdruck. Selbst die soziale Herkunft wurde sekundär, wenn die politische Ausrichtung im Sinne von Partei und Bund vollzogen wurde. Das interne Eingeständnis, daß beispielsweise der *Stahlhelm* aus 90 Prozent,[7] oder das Reichsbanner aus 80 Prozent sozialdemokratischen[8] Arbeitern bestehe, führte lediglich dazu, die Betroffenen als „irregeleitet" auszugrenzen. In den später folgenden Auseinandersetzungen mit der Polizei und den unterschiedlichen politischen Gegnern waren ausschließlich die eigenen Kämpfer als „Arbeiter" tituliert. Wenn es hieß, Arbeiter seien ermordet oder verprügelt worden, so waren die „Arbeiter" ausschließlich Mitglieder von KPD oder RFB.

Beispielhaft für die Verknüpfung von Begriffen sei eine frühe Selbstverständniserklärung des RFB vom 20. Juni 1925 genannt - also nach Antritt der Thälmann-Leow-Bundesleitung. Danach war die „Rote Klassenfront" aus sich selbst heraus „aufgerichtet" worden. Die biologistische Erklärung, mit der die Zugehörigkeit zur *Roten Front* als „uns im Blut" liegend begründet wurde, wurde nicht nur wiederholt genannt, sondern gehörte zum Fundament des Bundes und trug Züge eines besonderen Proletarierkultes (s. z.B. Kap. 4.2.2.4). Bedeutsam war ebenfalls das Verhältnis von RFB zu den „Arbeiterparteien". Obwohl die KPD in jener Phase der *Einheitsfronttheorie* die Verhandlung mit den Führern der SPD einbezog, wurde sie als „einzige Partei" bezeichnet, „die die Roten Frontkämpfer, als wahre Vertreterin der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse" anerkannte.

„Der Rote Frontkämpfer im Bezirk Wasserkante

Formiert die Rote Klassenfront! Das war der Ruf der Grundgedanke, der im ganzen Reichsgebiet zur Gründung des Roten Frontkämpferbundes führte. Es galt, gegen die militärischen Verbände der Faschisten, gegen die schwarzrotgelbe Front der Sozialverräter die Rote Front des kampfentschlossenen, im Klassenbewußtsein geeinten Proletariats aufzurichten. […]

In allen Reichsgebieten sammelten sich unter der zum Kampf enthüllten roten Fahne des internationalen Proletariats, unter dem Symbol der Kampfentschlossenheit, der drohend gegen die Bourgeoisie geballten Faust, die Roten Frontkämpfer. […]

Ende 1924 kam es in Hamburg [gesp.] zu ganz spontanen Gründungsversammlungen des RFB. Während das Reichsbanner mit den Namen ehemaliger monarchistischer Generäle die Werbetrommel schlug, die faschistischen Verbände in aller Heimlichkeit sich im Mordhandwerk übten, reckten in Arbeiterversammlungen die Proleten der schwieligen Faust: Nieder die Reaktion! […]

Die Zugehörigkeit zur Roten Front liegt uns im Blut. Allen ehrlichen klassenbewußten Arbeitern. Das ist unsere Tradition, und jeder, der der roten Fahne des internationalen Proletariats einmal abschwor, wurde zum Verräter an der Sache der Arbeiterschaft. […] Wir gestehen es offen und gern: die einzige Partei, die die Roten Frontkämpfer als wahre Vertreterin der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse anerkennt, ist die Kommunistische Partei.

„Lackierte Russen", spottete das ‚Hamburger Echo', als der RFB. sich als Ausdruck des Massencharakters einheitlich kleidete, über die einfache staubgraue Bluse. Als hätte sich für den RFB. in Barmat [gesp.] selbstopfernd zur Verfügung stellen können. Arbeitergroschen waren es,

4.2

---

6 *Neue Richtlinien über Bedeutung, Aufgaben und Aufbau des R.F.B.,* Punkt 5, November 1925.

7 LAS 301-4548 u. 309-22703, Untergauführer Bartels aus Kiel am 11.12.1927 anläßlich einer RFB Versammlung in Flensburg, auf der er über die Führersitzung in Hamburg berichtete.

8 Finker, S. 81.

vom Munde abgespart, keine erbettelten Kapitalistenpfennige. […]

Dem Proletariat die einzige Wehr! Seine einzige demonstrative Waffe im Wahlkampf gegen Monarchie und Pfaffenregiment. Das lag uns im Blut. Das ist unsere geschichtliche noch längst nicht erfüllte Mission, die Kampfparole.

Das Proletariat organisiert und diszipliniert sich selbst.“[9]

In einem Gruß an die Zentrale der KPD machten die Delegierten der Gaukonferenz vom 25. Juli 1925 in Hamburg die Forderungen des Reichsparteitags nach „Bolschewisierung der Partei“ und Organisierung der Revolution zu ihren „nächstliegenden politischen Aufgaben“.[10]

„Wir wissen, dass nur in engster Kampfgemeinschaft mit Euch die Wehrfront des Proletariats gegen eine schwarz-weiss-rote Front der offenen Reaktion, gegen die schwarz-rot-goldene Front der Sozialverräter geschaffen werden kann.“[11]

Nach dem Verbot des RFB hatte Slang am 7. Juni 1929 in der HVZ unter dem trotzigen Titel „Wir lassen uns nicht verbieten!“ einem unterstelltem sozialdemokratischen Verrat ein Bild entgegengehalten, das die Fronten deutlich machen sollte:

„Das nennt sich nun noch Sozialdemokrat
und ist früher mal Arbeiter gewesen.“

Antimilitarismus als Gegenpol zum Pazifismus

Die von RFB und KPD als „Antimilitarismus“ bezeichnete theoretische Grundlage ihrer Propaganda und Selbstdarstellung lehnte sich an W. I. Lenin an, der 1915 „Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt“ als eine „Form der Irreführung der Arbeiterklasse“[12] bezeichnet hatte und sieben Jahre später einen „Boykott des Krieges“ eine „dumme Phrase“ nannte. Antimilitarismus hieß nicht, gegen den Militarismus zu sein, sondern gegen einen ganz bestimmten Militarismus zu sein. Ebensowenig bedeutete es, gegen den Krieg zu sein, sondern ebenfalls nur gegen den der anderen. „Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.“[13] Eine Abgrenzung gegen andere politisch-moralische Vorstellungen entsprach somit der allgemeinen Parteidoktrin. Lenins Leitmotiv im ersten Jahr des Weltkrieges nahm Bezug auf die später zum Fetisch gewordene Vorstellung vom Menschen als Masse:

„Eine Friedenspropaganda, die nicht begleitet ist von der Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen, kann in der gegenwärtigen Zeit nur Illusionen erwecken, das Proletariat dadurch demoralisieren, daß man ihm Vertrauen in die Humanität der Bourgeoisie einflößt.“[14]

Beim Pazifismus wiederum wurde unterschieden zwischen jener Vorstellung bürgerlicher Politiker, die mit ihren pazifistischen Phrasen lediglich ihre eigene imperialistische Kriegspolitik verschleiern würden, und jenen der kleinbürgerlichen Pazifisten mit ehrlichem Herzen, die nur untaugliche Mittel gegen den Krieg einsetzen würden. Als die pazifistische *Friedensgesellschaft* 1927/1928 in Deutschland eine Unterschriftensammlung für die Kriegsdienstverweigerung durchführte und in drei Monaten 137.000 Unterschriften sammelte, stand im *Roten Führer*:

---

9 HVZ v. 20.6.1925, S. 3.
10 LAS 301-4546/18G, Resolution der Gaukonferenz in Hamburg an die Zentrale der KPD.
11 Ebd.
12 W.I. Lenin: Werke, Bd. 21. S. 152. Nach Finker, S. 178, Anm.137.
13 Finker, S. 181, Anm.143: W.I. Lenin: Werke, Bd. 33, S. 434.
14 W.I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 152. Hier nach Finker, S. 177f.

„Beteiligen im Sinne der aktiven Teilnahme zur Durchsetzung der Ziele der Regierung - das gilt nur im proletarischen Staate; beteiligen aber in dem Sinne, die Pläne der imperialistischen Regierung möglichst wirksam zu durchkreuzen, also Streiks in der Rüstungsindustrie, im Verkehr, Meutereien in der Truppe anzuzetteln, das können und das sollen wir; das erfordert ein Höchstmaß von Aufopferung, Geschick, Kühnheit der Revolutionäre.

Nur in diesem Sinne ist ein Beteiligen der Revolutionäre zu verstehen. Wir predigen also nicht freiwilligen Eintritt in die Armee, aber auch nicht Einzelverweigerung des Kriegsdienstes, ebensowenig Einzelverweigerung der Arbeit, sondern Massenmeuterei, Massenstreik, Generalstreik und Bürgerkrieg!“[15]

Hatte Albert Schreiner während der 3. Reichskonferenz im März 1926 als Vertreter des ZK der KPD in der *Roten Fahne* beklagte, „daß es in der KPD noch falsche antimilitaristische Traditionen anarchistischen und pazifistischen Charakters gäbe“,[16] scheinen derartige Probleme in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 „bereinigt“. Auf der Reichsführerkonferenz im November 1928 gab Ernst Thälmann die Losung für die revolutionären Arbeiter im Falle eines ‘imperialistischen’ Krieges aus:

„Nicht Boykott des Krieges, sondern Eintritt der revolutionären Arbeiter in die imperialistische Armee und Übergang auf die Seite der Sowjettruppen.“[17]

Die Rückbesinnung auf die *Einheitsfront von unten* hatte mit der These der Verteidigung des Vaterlandes der Werktätigen den Weg frei gemacht für den Bürgerkrieg im jeweils „eigenen“ Land. Im Dezember 1928 veröffentlichte die RFB-Funktionärszeitschrift *Der Rote Führer* eine Resolution, in der es beispielsweise hieß, daß

„im Falle des Ausbruches des imperialistischen Krieges diesem nicht mit den pazifistischen Methoden der individuellen Kriegsdienstverweigerung, sondern nur durch Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg begegnet werden kann“.[18]

Militaristisch oder militärisch?

Die „Übernahme“ der „guten technischen Dinge des Militarismus‘“ wurde auf der Basis legitimiert, daß der RFB eine „revolutionäre Frontkämpferorganisation“ sei und sie daher nutzen könne, solange er „sie seinen Zwecken dienstbar“ mache.[19]

Der R.F.B. hat als Proletarier-Organisation die Pflicht, einen neuen revolutionären Gruß einzuführen. Einen Gruß, der den politischen Sinn und die Aufgabe des R.F.B. verkörpert. Begegnen sich Kameraden in Uniform oder mit Abzeichen, so begrüßen sie sich mit „Rot Front“ und schnellem Heben des rechten Unterarms mit geballter Faust und senkrechter Stellung. In geschlossenem Zuge (beim Vorbeimarsch an Fahnen, Delegationen usw.) grüßen nur die Führer durch Faustheben, die übrigen Kameraden nehmen straffe Haltung an und wenden den Kopf nach der Grußseite.[20]

---

15 *Der Rote Führer,* Nr. 8, August 1927, S. 2.
16 Finker, S. 80.
17 Ebd., S. 182, Anm.148 verweist auf *Die Rote Front*, Nr. 40 und 41, Dezember 1928. Diese Vorgehensweise wurde im 2. WK von vielen Kommunisten ausgeführt.
18 *Der Rote Führer,* Nr. 42, Dezember 1928.
19 *Entwurf zu einem Kommandoreglement* ca. April 1925. Vgl. auch Kap. 3.1.2, S. 76.
20 *Ebd.*

Als der „wesentlichste“ Unterschied zu anderen Gruppierungen wurde 1927 in den *Richtlinien für die Sommerarbeit der RJ* „unser einheitliches straffes Auftreten“ genannt.[21] Der hieraus resultierende Eindruck sollte - besonders bei den Aufmärschen - durch „gleiche Kleidung, gleichen Schritt, durch gutes Einhalten der Gruppen- und Zugabstände“ noch „verstärkt werden“. Daher wurde anfänglich nur für die RJ, ab Januar 1928 für den ganzen RFB der Appell bzw. Generalappell eingeführt, der „ein ernstes Gepräge haben“ sollte.

Die „Abwehr nationalistisch-militaristischer Propaganda für neue imperialistische Kriege“ sollte durch die Pflege des Klassenbewußtseins und der Kriegserinnerungen erreicht werden.[22] Dabei konnten letztere kaum Antikriegs- bzw. pazifistischen Charakter haben (s.o.). Die Frage nach physischer Gewaltanwendung zur Erreichung der politischen Ziele wurde zu einem der zwiespältigen Charakteristika des RFB. Indem die Satzung eine „illegale Bewaffnung der Mitglieder“ ausdrücklich ablehnte, trugen die Verantwortlichen nicht nur der polizeilichen Vermutung nach Fortsetzung der *Proletarischen Hundertschaften* Rechnung,[23] sondern bestätigten diese indirekt. Welcher Verein/Bund würde etwas Illegales nicht offiziell ablehnen? Wozu bedurfte es also dieser Erwähnung? Die Frage beantwortet sich, wenn nicht von selbst, so im Verlauf der Geschichte des RFB.

Während die eigenen Wehrübungen als „militärisch“ tituliert wurden, waren die gleichen Übungen der gegnerischen (rechten) Verbände „militaristisch“. Da die Form des Auftretens (Uniformierung, Marschieren, militärische Kommandostruktur und Embleme) identisch waren, galt als Begründung, wie in allen anderen vergleichbaren Phänomenen ebenfalls, Aussage und politische Zielrichtung der Gruppen. Bezüglich der Definition eines Krieges ergab sich somit z.B. auch die (propagandistische) Unterscheidung von Krieg und imperialistischem Krieg.

> „2. Aufklärung über die neuen Methoden zukünftiger imperialistischer Kriege und Erziehung der Mitgliedschaft zur Abwehr neuer imperialistischer Kriege und Abwehr aller Versuche, der Arbeiterschaft unter anderen Formen eine neue Art der Militarisierung aufzuzwingen.
>
> 3. Der RFB. ist eine proletarische Selbstschutzorganisation, die allen proletarischen Organisationen und Parteien im Kampf gegen schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-gelbe Reaktion helfen und bei Angriffen der kapitalistischen Garden schützen muß.“[24]

Von wesentlicher Bedeutung für die politische Orientierung aller Formationen der revolutionären Arbeiterbewegung war der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der vom 17. Juli bis zum 1. September 1928 in Moskau tagte.[25] Die Beschlüsse, insbesondere die Thesen „Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten“, die eine Weiterführung und Präzisierung der Thesen „Über Krieg und Kriegsgefahr“ des VIII. EKKI-Plenums vom Mai 1927 darstellten, waren eine Art militärpolitisches Programm der III. Internationale.[26]

Im November 1928 wies Ernst Thälmann auf der Reichsführertagung des RFB darauf hin, daß man den

---

21 *Richtlinien f. d. Sommerarbeit der RJ 1927*.

22 LAS 301-4546, II G. 5757 v. 12. 9.1924; s. auch Finker, S. 22 nach IML, ZPA, 81/1/1024.

23 LAS 301-4546. Als der Preußische Minister des Innern (II G. 5757) am 12.9.1924 von seinen Landesbehörden Bericht über Folgen des am 31.7. d. Js. in Halle gegründeten *Roten Frontkämpferbundes e.V.* anforderte, sollte „Augenmerk darauf“ gerichtet werden, ob der Bund „nichts anderes“ sei als eine „Neubelebung und Fortsetzung der durch meinen Erlass vom 12. Mai 1923 - II B. 1635 - (M.Bl.i.V. S. 520) verbotenen Proletarischen Hundertschaften“ und ob „Verstösse gegen das Republikschutz-Gesetz (§ 87)“ folgen könnten.

24 *Neue Richtlinien über Bedeutung, Aufgaben und Aufbau des R.F.B.*, April 1925.

25 Vgl. Finker, S. 165.

26 Edgar Doehler/Egbert Fischer/Werner Salomon: Die Militärpolitik der KPD gegen die anwachsende faschistische

„Krieg zwischen imperialistischen Staaten unterscheiden müsse vom Krieg der imperialistischen Staate gegen die Sowjetunion. Für den Fall des Krieges der imperialistischen Staaten untereinander gelte nach wie vor die Losung: Kampf für die Niederlage und den Sturz der eigenen Bourgeoisie. Für den Fall des Krieges des Imperialismus gegen die Sowjetunion aber müßte die Losung heißen: Kampf für den Sieg der Sowjetunion."[27]

In der Propaganda von RFB und KPD standen die Proklamationen „Krieg dem Kriege" und „Krieg dem imperialistischen Kriege" allerdings teilweise direkt nebeneinander bzw. wurden alternativ eingesetzt. Es ist zumindest fraglich, ob die Außenstehenden, ja sogar viele der Beteiligten selbst einen Unterschied in der Formulierung erkannt haben.

Zwischen Disziplin und Kadavergehorsam

Im „Aufruf an alle ehemaligen Frontkämpfer und Jungproletarier" vom 1. Oktober 1924 begründeten Seemann und Kakies den Aufbau einer Organisation für die „klassenbewußten proletarischen Frontkämpfer damit, daß die Bourgeoisie diese Klientel „unter der Schwindelparole Schwarz Rot Gold sammeln und ablenken" wolle.[28] Sie würden aber „die Methoden der Unterdrücker durchschauen" und für sich „selbst anwenden wollen, was wir im Dienste des mörderischen Imperialismus lernten: Disziplin u. Organisation". [gesp.]

Die einzige Ausnahme, die die BL des RFB bei der Übernahme der „guten technischen Dinge des Militarismus" vom Juni 1925 machte, bestand in dem alten „Gruß des Militarismus", da er „ein Zeichen des Kadaver-Gehorsams des bürgerlichen Kastengeistes" sei (s.o.). Es gefiel aber der Parteipresse, wenn dem RFB eine „hervorragend straffe Disziplin" bescheinigt wurde, wie es z.B. am 26. Juli 1926 der *Hamburger Correspondent* tat.[29] Die bürgerliche Zeitung hatte der kommunistischen Kampforganisation außerdem ein „einheitliches, gut durchgeführtes Kommando" bescheinigt, „das bei ihrem Auftreten in allen Teilen des Reiches doch der ganzen Organisation den Stempel der unbedingten Einheit" gab. Das „Geheimnis dieser Einheit" sah der Autor des Artikels in der Ausbildung „nach einem bestimmten Kommando-Reglement", das „genau dem alten Exerzierreglement der Infanterie nachgebildet"[30] war. Das Reglement wurde u.a. mit der Behauptung eingeleitet, daß die Erfahrung gelehrt habe,

„daß geordnete eindrucksvolle Aufmärsche größerer Massen von Kameraden nur möglich sind, wenn ein einheitliches Kommandosystem in allen Abteilungen durchgeführt wird. […] Jede Abteilung muß diese üben, jeder Kamerad sie beherrschen. Wo bisher uneinheitlich andere Kommandos gebraucht wurden, sind diese abzuschaffen und die vorliegenden zu üben."[31]

Gefahr (1929-1933), Phil.Diss., Dresden 1975, S.31, nach Finker, S. 166, Anm. 113.

27 *Die Rote Front*, Nr. 40, Dezember 1928.

28 Aufruf des RFB v. 1.10.1924.

29 *Hamburger Correspondent* Nr. 342 v. 26.7.1926: „Rot Front!".

30 Ebd.

31 *Entwurf zu einem Kommandoreglement,* ca. April 1925. Die folgenden Beschreibungen der einzelnen Kommandos und Bewegungsarten sind z.B.: Antreten, Stillgestanden (der Kamerad nimmt straffe Haltung an, Kopf hoch Augen geradeaus, Hände lose nach unten hängen lassen, Hacken zusammen). Richtung. Marsch. Laufschritt, Wendungen, Formierungen einer gegliederten Kolonne aus einem losen Menschenschwarm, die Formen der eingeteilten Kolonne, die Bewegungen in der Kolonne, Schwenkungen usw. Bemerkenswert ist, daß jeder selbständig arbeitende Verband sich einteilt in 1. Achter-Gruppen, je 8 Mann und eine Gruppenführer, 2. Züge zu 4 Gruppen und einem Gruppenführer, 3. Kameradschaften zu 3 Zügen und in der Regel 12 Gruppen und einen Kameradschaftsführer. Bei Schwenkungen wird besonders Gewicht auf die genaue Ausführung des Geradeaus! gelegt. Bei Demonstrationen ist dies Kommando halblaut zu geben."

Kritische Stimmen sahen den Aufmarsch meist anders, wenn auch nicht immer so wie die sozialdemokratische *Flensburger Volkszeitung*:

> „Durch den jahrelangen Militarismus wurzelt beim Deutschen noch der Hang nach Uniform und Aeußerlichkeiten. Selbst die Roten Frontkämpfer haben hier Konzessionen machen müssen. […] Unermüdlich sind die Roten Frontkämpfer, beim Klange der Internationale mit geballter Faust still zu stehen und so ihr revolutionäres Herz zu präsentieren.“[32]

Die Schwierigkeiten bezüglich der Einhaltung von Ordnung und Disziplin, die Leow auf der 3. Reichskonferenz schilderte und die in der vorliegenden Arbeit beispielhaft für den Gau Wasserkante und Bremen dargestellt wurden, versuchte man einerseits durch Sanktionen zu lösen, und andererseits durch permanente Wiederholungen der eigenen Ordnungsvorstellungen in der Parteipresse zu insistieren. In Bremen wurde im Februar 1925 darauf hingewiesen, daß es in erster Linie darauf ankomme, einen gut disziplinierten Eindruck zu machen, und daß das Rauchen streng untersagt sei.[33] Diese Linie wurde von Leow im März 1926 umfangreicher deutlich gemacht (s. Kap. 3.1). In Flensburg wurde gerade im Zuge der Rückbesinnung auf die Wehrtätigkeit des Bundes zu Beginn 1928 angedroht, daß, wer oft in angetrunkenem Zustand angetroffen werde, seine Mitgliedschaft verliere.[34] Auch die Vorstellungen von Sitte und Anstand stehen in einem engen Verhältnis zu derartigen Ausführungen (s. auch Kap. 4.2.2.6). In der Parteipresse war fast jede Aktion mit einer Bemerkung zur Disziplin versehen. Um auszudrücken, daß der Demonstrationszug sich diszipliniert in eine vorgesehene Richtung bewegt habe, fand man eine erstaunliche Vielzahl an Formulierungsmöglichkeiten:

26.05.1925	Proletarisch diszipliniertes Heer des Klassenkampfes (Die Rote Fahne)
22.06.1925	In mustergültiger Ordnung; straffe Disziplin (HVZ)
27.09.1925	mustergültige, freiwillige Selbstdisziplin; straffe Selbstzucht (AZ)
20.10.1925	Der stramme Aufmarsch – die gute disziplinierte Haltung (HVZ)
19.11.1925	revolutionäre Disziplin (HVZ)
05.08.1926	proletarische Disziplin (HVZ)
25.07.1927	In voller Disziplin (HVZ)
05.01.1933	straffe und eiserne Disziplin (HVZ)

Zusätzlich hieß es z.B. zur Fahnenweihe in Tönning: „Die vorher so ängstlichen Bürger mußten sich sogar über die Disziplin anerkennend äußern und die unnötige Abberufung der Polizisten vom Urlaub einsehen.“[35] Auch nach dem Verbot des RFB bzw. der verschiedenen Neugründungen bestanden die gleichen Vorstellungen wie in der Frühphase des Bundes fort - inklusive der kontroversen Positionen und den gleichen Problemen. Mit „bolschewistischer Offenheit“ klagte am 9. April 1932 ein HVZ-Redakteur:

> „Aber so diszipliniert der Zug selbst war, so undiszipliniert war ein großer Teil Genossen, die es immer noch nicht wissen, daß sie im Zug [gesp.] und nicht neben dem Zug [gesp] zu demonstrieren haben. Der Eindruck würde dann viel gewaltiger sein.“

Als im Mai 1926 beim II. Reichstreffen dem Kameraden in neun Geboten dargelegt worden war, was er „beachten“ müsse, waren auch die Vorstellungen zur militärischen Ordnung und Disziplin mit aufgenommen worden.[36] Wie in anderen Fällen dieser Art wurde versucht eine

---

32 *Flensburger Volkszeitung* v. 11.10.1926: „Bilder vom ‘Roten Tag’“
33 StaHB 4,65-1286, Bl. 174-74/14, Pol.LB v. 26.2.1925.
34 LAS 301-4548/1, Tgb.Nr.II G 7/28, Pol.B v. 13.2.1928 über die Funktionssitzung v. 2.2.1928.
35 HVZ v. 18.8.1926, S. 3.
36 „Kamerad, was mußt du beachten?“, in: Programm zum II. Reichstreffen, S. 37. Die gleichen Regeln sind im Programmheft zum *Roten Tag* in Flensburg vom 10.10.1926 enthalten (LAS 301-4547/49C).

deutlichere Trennungslinie zu den Praktiken des Klassenfeindes zu ziehen. Dem Gegensatz zum „Kadavergehorsam“, der zwar bereits in dem Exerzierreglement betont aber nicht formuliert worden war, wurde nun die „revolutionäre Disziplin“ entgegengestellt, die als „freiwillige Unterordnung des Einzelnen im Interesse der Gesamtheit“ definiert wurde. Im November 1926 hielten die Regeln Einzug in die Regularien, die das Selbstverständnis des Bundes festschrieben.[37] Analog zur Definition des Faschismus wurde auch bei jener der Disziplin auf den Begriff „proletarisch“ zurückgegriffen (hier noch mit dem in Klammern gesetzten Begriff „Einordnung“ versehen). Die subtile Unterscheidung aus den neun Regelsätzen wurde geringfügig verändert aber grundsätzlich beibehalten. So handelte es sich nun „beim Antreten und im Marsch“ um eine „freiwillige Einordnung und Befolgung der Anweisungen“ – allerdings wurde diese, als Bestimmung formulierte Freiwilligkeit auch auf den Einsatz bei der „Durchführung der gefaßten Beschlüsse“ bezogen.[38] Diese Definition wurde 1927 in die *Richtlinien für die Sommerarbeit der RJ* übernommen und in den Beschlüssen der 4. Reichskonferenz repressiv festgeschrieben:

> „Die Disziplin im RFB ist kein Kadavergehorsam, sondern freiwillige Einordnung und die Einsicht der Notwendigkeit eines strengen, eisernen Zusammenhalts aller Angehörigen einer revolutionären Organisation und des Fernhaltens aller schädlichen Einflüsse aus den Reihen des RFB.“[39]

Die wiederholte Verurteilung des Verhaltens von Ortsgruppen und Einzelmitgliedern wegen „Disziplinlosigkeit“, - anders als jene in Leows Vorwurf beim II. Reichstreffen - stellte einen grundlegenden Aspekt der Widerlegung der These „Disziplin ist kein Kadavergehorsam“ dar. So ist z.B. die Verurteilung als Disziplinlosigkeit, weil Ortsgruppen die Mitgliederzahlen nicht pünktlich abgeliefert hatten[40] oder weil insbesondere Musiker und Mitglieder der RM andere Abzeichen, Kragen oder Kokarden usw. trugen,[41] deutlicher beim Kadavergehorsam angesiedelt als bei einer „freiwilligen Unterordnung“. Als letztes Beispiel zu diesem Themenkomplex sollen die Ausführungen Steinbrechers die Widersprüchlichkeit verdeutlichen, die die Umkehrung des oben zitierten Leitsatzes verdeutlichen. Gemeint ist die in Kap. 3.3.2 ausführlich besprochene Auseinandersetzung auf der Bremer Gausitzung am 23. Oktober 1925. Bei einem Fackelzug „zu Ehren des verstorbenen Genossen Frunse“ wurde Buckendahl kritisiert, daß er einerseits entgegen dem Willen der Truppe den Aufforderungen der Polizei nachgekommen sei, und andererseits überhaupt keine Führerbefugnis gehabt habe.[42] Nachdem Steinbrecher einen „Mangel an nötiger Schulung“ verantwortlich gemacht hatte betonte er, daß bei einem Ausmarsch „stets der Leiter verantwortlich“ sei und ihm alles „rücksichtslos zu folgen“ habe. Wer dessen Befehlen nicht Folge leiste, begehe „Disziplinbruch“. In dem zitierten Fall folgte sogar noch der Vorwurf, Bösling habe „desertiert, weil er aus der Formation ausgetreten“ sei. Das Resultat von Steinbrechers Ausführungen lautete:

> „Der RFB hat die Aufgabe die Massen aufzusaugen. Sie zu schulen und ihnen eine gute Disziplin beizubringen. […] Unbedingte Disziplin und Gehorsam muß von einem Jeden gefordert werden. Unbedingte Disziplin auch in politischen Fragen.“[43]

---

37 *Ausführungsbestimmungen zu den Richtlinien über den Aufbau des RFB und die einzelnen Formationen*, ca. November 1926, s. auch Kap. 3.1.3.2.
38 Ebd.
39 4. RKonf., S. 3; s. auch Kap. 3.1.3, S. 106 und 115.
40 Z.B. BL-Rundschr. 23/25 v. 6.10.1925.
41 BF-Rundschr. v. 8.9.1926.
42 Die gesamte Darstellung nach Protokollbuch Bresse (StaHB 4,65-1288/21, Bl. 147vf.).
43 Ebd.

Gegnerdispositionen - zwischen Aktionseinheit und Abgrenzung

Das Verhältnis zu anderen Organisationen und Verbänden stellte ein weiteres zentrales Thema des RFB dar, das von seiner Gründung bis zu seinem Verbot seinen Charakter tiefgreifend bestimmte. War es auf der einen von der eindeutigen Dominanz der Partei bestimmt, so herrschten auf der anderen Seite Praktiken vor, die sich ständig zwischen einem kalten und einem heißen Krieg bewegten. Die Abschottung des eigenen kommunistischen „Lagers" befand sich zwischen dem Alleinvertretungsanspruch der Partei, einem wiederholt diskutierten Abgrenzungs- und Angleichungsprozeß und ständigen Flügelkämpfen, die häufig nicht von persönlichen Anfeindungen zu unterscheiden waren. Dabei wirkte sich die schamlos von den preußischen Polizeibehörden übernommene Tradition der Abhör- und Bespitzelungspraxis auch in diesem diffizilen Bereich aus. In erster Linie aber war sie Teil der permanenten Beschäftigung mit anderen Gruppierungen jeder politischen Richtung und nahm in diesem Sinne bei den meisten nachprüfbaren Sitzungen einen breiten Raum ein. Die Auseinandersetzungen hatten drei Schwerpunkte:

Einhaltung der Grundsätze der jeweils geltenden Einheitsfronttheorie
Beachtung der inneren Gegensätzlichkeiten
Beobachtung und Bespitzelung der gegnerischen Verbände

Punkt 1 sorgte besonders in den Übergangsphasen für Verwirrung. Während sich beispielsweise in Rostock Spielleute des RFB an einem Reichsbannerumzug beteiligten, wurden in Neumünster RFB-Mitglieder ausgeschlossen, weil sie der SPD angehörten.[44]

Punkt 2 hing teilweise mit Punkt 1 zusammen, ging aber in der Regel darüber hinaus und betraf gänzlich andere Gruppierungen. Am auffälligsten waren die Differenzen, die von der RJ und der RM ausgingen und als separatistisch angesehen wurden. Der RFB, der laut Thälmann ein eigenständiger Bestandteil der „revolutionären Arbeiterbewegung" war,[45] habe dem besonderen Charakter, daß er - geführt von der KPD - ein Sammelbecken werden sollte, aus dem heraus der Partei die Arbeiter zuführt würden. Alle RFB-Organisationen - von den Zügen bis zur Bundesführung - hatten kommunistische Fraktionen zu bilden, „die in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Parteileitungen für die Verwirklichung einer richtigen politischen Linie zu kämpfen hatten."[46] Zusätzlich zur kommunistischen Fraktionsarbeit kam die Tatsache, daß der RFB nicht indirekt durch die KPD „geführt" wurde, sondern die Führungskader fast hundertprozentig Parteimitglieder waren. Im Juli 1925 betonte Thälmann in einem zum 10. Parteitag herausgegebenen Sonderheft der theoretischen Zeitschrift der KPD *Die Internationale*, daß der RFB „seiner Zusammensetzung und Führung nach eine rein proletarische und seinen Zielen und Bestrebungen nach eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes" sei.[47] Er sei „keine kommunistische Organisation", sondern vereinige „neben kommunistischen Arbeitern einen verhältnismäßig großen Prozentsatz parteiloser und politisch anders organisierter Arbeiter". Seinen Bestrebungen nach sei er aber ein Teil der kommunistischen Gesamtbewegung. Außerdem dürfe

> „beim RFB nicht das Hauptgewicht auf gut disziplinierte Aufmärsche gelegt werden. Wer den Wert des RFB nach seinen rein äußerlichen Erscheinungsformen beurteilt, verkennt seinen politischen Wert. Wenn sich der RFB nur mit Paraden und Aufmärschen beschäftigen würde, müßte er innerlich sehr bald zusammenbrechen."[48]

4.2.2

---

44 Vgl. Finker, S. 27.
45 Finker, S. 40.
46 Ebd., S. 64.
47 *Partei und Rote Frontkämpferbewegung.* In: *Die Internationale* v. 12.7.1925, hier nach Finker, S. 59f.
48 Ebd.

Der RFB solle auch bei Streikkämpfen nicht selbständig Streikposten stellen, das sei Sache der Streikleitung. Seine Aufgabe sei es, die Streikposten zu schützen, mit ihnen Verbindung zu halten und Streikbrecher abzuwehren.[49] Die „politische Durchdringung des RFB“ lasse allerdings noch „viel zu wünschen übrig“ und „die Klarheit über die eigentlichen Ziele und Aufgaben“ sei „unter den breiten Mitgliedermassen“ unzulänglich. Diese Mängel, die jedoch „unumgängliche Kinderkrankheiten“ seien, schrieb Thälmann der Partei zu, die dem Bund „lange Zeit keine und heute oft noch zu geringe Bedeutung beigemessen“ habe. Die „Kinderkrankheiten“ dauerten allerdings bis zum Verbot des Bundes an. Das war kein Wunder, denn sein Selbstverständnis war auch Teil seines Verhängnisses. 1926 wurden rund 60 Prozent aller Mitglieder des RFB als parteilos geführt. Aus dieser Gruppe kamen - sieht man von denen ab, die für die große Fluktuation verantwortlich waren - neben den oben erwähnten die größten Widerstände gerade gegen die Partei. So wurde z.B. vor dem aus dem ZK ausgeschlossenen Iwan Katz gewarnt, dem es vorübergehend gelang, „Teile der Mitgliedschaft“ in Berlin, Hamburg, Dortmund, Halle, Aachen, Mönchengladbach und Hannover „zu verwirren“.[50] An einigen Orten bildeten sich Splitterorganisationen aus abgespaltenen Mitgliedern, so die *Freischar Liebknecht* (Dortmund), der *Bund Roter Matrosen* (Berlin), die *Sektion Rote Marine* (Halle), die Cliquen, *Freie Front*, *Freier Jungsturm*, *Roter Freiheitskämpferbund*.[51] Im Verlauf des Jahres 1926 wurde mehrere als „Ultralinke“ Bezeichnete aus der KPD und dem RFB ausgeschlossen.[52] Die Delegierten aus Königsberg und Bremen berichteten von großer Aktivität der roten Matrosen, mußten aber auch darauf aufmerksam machen, daß es in der Roten Marine zuweilen sektiererisch-separatistische Stimmungen gegeben habe. Es sei notwendig, „daß sich die Bundesleitung mehr um diese Unterabteilung“ kümmere, „zumal die aus der KPD-Führung ausgeschlossenen Ultralinken versuchten, den revolutionären Elan der roten Matrosen für ihre spalterischen Absichten zu mißbrauchen“.[53] Ein großer Einfluß auf den RFB wurde auch den „ultralinken und rechtsopportunistischen Elementen“ in der Thüringer Ortsgruppe Suhl der KPD zugemessen.[54] Einer der Höhepunkte dieser Flügelkämpfe, die von Denunziation und Bespitzelung begleitet waren, stellte die Verurteilung der „Spaltertätigkeit der Fischer-Maslow-Gruppe“ durch den Bundesausschuß vom 2./3. Oktober 1926 dar.[55]

Während die Aktivitäten zu Punkt 2 besonders durch die verschiedenen Ausschlüsse indirekt öffentlich wurden, war zu Punkt 3 („Gegnerarbeit“) ein offen arbeitender Apparat mit eigenem Ressort und Obleuten installiert worden, der allerdings außer in Berlin kaum effektiv arbeitete. Die Obleute waren gehalten, in die Versammlungen der Gegner zu gehen und laufend Berichte für die Führungsinstanzen des RFB anzufertigen. Obwohl die Ortsgruppen bzw. Gaue und Untergaue hauptsächlich von der Bundesführung mit Material beliefert wurden, scheinen die Ergebnisse eher dürftig gewesen zu sein. So sagte beispielsweise Etkar André im Juni 1927 auf einer Mitgliederversammlung im Flensburger Gewerkschaftshaus, daß die Versammlungen der Nationalsozialisten nicht mehr besucht werden sollten, weil die Partei zu klein sei und deren Versammlungen durch den RFB erst interessant gemacht würden.[56] Vier Monate zuvor hatte die

---

49 Finker, S. 152.
50 Ebd., S. 61.
51 Ebd., S. 62.
52 Vgl. Ebd,, S. 62.
53 Ebd., S. 85.
54 Werner Fritzsch: *Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes gegen Faschismus, Militarismus und Kriegsgefahr in Thüringen*, Erfurt 1966, S. 137, hier nach Finker, S. 172, Anm. 129.
55 Finker, S. 105.
56 LAS 301-4548/4, Tgb.Nr. II Geh. 42/27, Pol.B v. 1.7.1927.

BF aufgrund der zweiten Bürgerblockregierung dazu aufgefordert, die politische Tätigkeit auf das Reichsbanner und den *Stahlhelm* zu konzentrieren.[57] Nicht nur dieser Fakt stellt die Frage nach der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs „Faschismus“, den RFB und KPD in jener Phase vornahmen und vor allen Dingen in ihrer Propaganda transportierten.

„Der Faschismus“ oder: Der Rest der Welt als „Übergegner“

Werner T. Angress stellt in seiner Arbeit über *Die Kampfzeit der KPD 1921-23* fest, daß 1923 eine „wilde kommunistische Beschimpfung des ‚Faschismus“ stattfand, deren Ursachen er in dem Versuch sah, „die ungünstige Reaktion“ abzuschwächen, „die die Schlageter-Linie bei den nichtkommunistischen Teilen der deutschen Arbeiterbewegung hervorgerufen hatte“.[58] Die Kommunisten hätten in jener Phase „eine breite Skala der deutschen Rechten“ unter den Begriff „Faschismus“ subsumierten, der „von Hitlers Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei“ ging (s. Kap. 2.3). Eine „antifaschistische Woche“, die für den 5. bis 12. April 1923 angesetzt wurde,[59] war ebenso Ausdruck agitatorischen Bemühens wie ein „Anti-Faschistentag“ am 29. Juli im gleichen Jahr.[60] *Die Rote Fahne* betonte im Mai 1923, daß die KPD bei ihrem „Kampf gegen den Faschismus“ unterscheiden müsse „zwischen von dem Kapitalisten bezahlten Pinkertonbanden und den aus ehrlicher nationalistischer Enttäuschung sich der Bewegung anschließenden Kleinbürgern“.[61] Das klang nach Differenzierung, und doch war es zu dürftig, um eine Vorstellung zu bekommen, was die KPD explizit unter „Faschismus“ verstand. Auch Brandler, der in jener Phase weniger vor den Sozialdemokraten als vor einer wachsenden „faschistischen“ Bewegung warnte, hatte allgemein die rechten Gruppierungen - insbesondere in Bayern - gemeint.[62] Und auch *Die Rote Fahne* bezog sich mit ihrem Slogan „Arbeiter, schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“[63] als Antwort auf den blutigen 11. Mai in Halle auf die sogenannten Vaterländischen Verbände (s. Kap. 2.2). Die folgenden Ausführungen sollen und können im Rahmen der vorliegenden Arbeit keine Auseinandersetzung mit dem oder Diskussion über den „Faschismus“ darstellen. Sie können lediglich dokumentieren, was für eine Vorstellung KPD und RFB in den Jahren von 1924 bis 1929 von diesem Phänomen hatten bzw. welche Zuordnungen und definitorischen Ansätze sie in ihrer Propaganda benutzten. Konkret meint dieser Ansatz ausschließlich die Wirkung auf jene Menschen, die von der Propaganda beeinflußt werden konnten. Materialgrundlage der folgenden Ausführungen bilden in erster Linie die Darstellungen der HVZ (Daten in Klammern ohne weitere Angaben beziehen sich auf diese Quelle), deren Analyse durch allgemeine Dokumente des RFB und Äußerungen von Demonstranten des RFB und deren Schilder bzw. Skandierungen ergänzt wurde.

Bei der Gründung des RFB war der Hauptgegner zweifellos das sozialdemokratische Reichsbanner, während den nicht näher benannten „nationalistisch-faschistischen Organisationen“ (womit hauptsächlich die rechten soldatischen Verbände gemeint waren) mehr

57 Finker, S. 119f.
58 Angress, 1973, S. 390.
59 Ebd., S. 337.
60 Ebd., S. 390.
61 *Die Rote Fahne* Nr. 111 v. 18.5.1923, hier nach Angress, S. 352f.
62 Vgl. Angress, S. 305.
63 *Die Rote Fahne* Nr. 52 v. 15.5.1924.

en passant der Kampf angesagt worden war.[64] Verlautbarungen im gleichen Sinne sind aus den Reihen des Bremer RFB vom Januar 1925 in den Polizeiprotokollen belegt, die sich auf „faschistische Organisationen“ bezogen und in Verbindung mit der Einschwörung des Bundes auf die neue Einheitsfront-Linie fielen.[65] Als die Thälmann-Bundesleitung im September des gleichen Jahres zur „Werbewoche“ von RFB und RJ aufrief und besonders auf die spezielle „Bearbeitung der Betriebe“ hinwies, war das „faschistische Gesindel“ als Gegner ausgemacht,[66] das „zu einer stetig wachsenden Gefahr für die Arbeiterklasse“ aufgrund seiner „Wühlarbeit in den Betrieben“ wurde („weniger durch ihr öffentliches Auftreten“). Propagandazettel, die auf dem Bremer Arbeitsamt verteilt worden waren, lauteten:

„Tod dem Faschismus
Hinein in den Roten Frontkämpfer-Bund!“[67]

Nachdem im Aufruf zum *Roten Frontkämpfer-Tag* am 27. September in Bremen besonders darauf aufmerksam gemacht worden war, „daß Bremen nicht nur eine Stadt der Krämer und Pfeffersäcke“ sei, „in der sich die Faschisten tummeln können“,[68] wurde in Sprechchören skandiert:

„Das gesamte Faschistenpack, nieder, nieder, nieder!“.[69]

Als Mitte November 1925 der KPD-Distrikt Wandsbek-Eilbeck und Hohenfelde zusammen mit dem dortigen RFB und seinem Trommler- und Pfeiferkorps nach Hoisdorf und Ahrensburg marschierte, um unter den Kleinbauern und Landarbeitern zu agitieren, dienten Faschisten als imaginäre Gefahr. „Faschistische Jünglinge zu Pferde“ wurden ausgemacht, die die Landarbeiter und somit auch die Agitatoren „aus der Ferne“ beobachteten.[70] Anders stellte sich eine Szenerie in Bremen dar. Als Steinbrecher (Mitglied der BL) im Dezember 1925 auf einer Mitgliederversammlung des Bremer RFB zur politischen Lage referierte und dabei auch die Einheitsfront und die Aufgaben des RFB erklärte, bezeichnete er den Bund u.a. als eine Gegenorganisation der „Faschistenorganisationen“ Wehrwolf, Jungdo und auch des Reichsbanners:[71]

> „Es liegt uns nicht daran, einzelne Aufnahmen aus diesen Organisationen zu machen, sondern im Gegenteil, diese müßten in ihren Organisationen und in ihren Abteilungen bleiben, um dort für uns zu arbeiten und größere Massen für die Rote Front zu gewinnen. Das Reichsbanner würde sonst alle Oppositionellen aus ihrer Organisation rausschmeißen.“[72]

Als Arbeitsanleitung gab Steinbrecher den Roten Frontkämpfern die Empfehlung, die Faschisten zu fragen, „Habt ihr nicht dieselben Sozialfragen wie wir?“ - das sei für die Agitatoren „eine Schulung“. Daß Steinbrecher, dessen Vorstellungen offenbar noch auf nationalbolschewistischen Ideengut fußten, damit nicht die Mehrheitsmeinung der Parteileitung vertrat, gab er zu erkennen als er meinte:

> „In der KPD mögen sie tun was sie wollen, wir haben einen ganz anderen Weg, eine rein marxistische Frage zu lösen.“[73]

---

64 Brief der Seemann-Kakies-BL (StaHB 4,65-1286/8, Bl. 112f.).
65 StaHB 4,65-1286/11, Bl. 139ff., N.-Stelle 30/25, Pol.B v. 20.1.1925.
66 HVZ v. 8.9.1925, S. 2: „Rüstet zur Werbewoche!“. Vgl. auch den Aufruf des RFB in Kap. 3.3.1.
67 StaHB 4,65-1287/36 u. 37, Bl. 172a u. 167a, Pol.VM v. 16.9.1925.
68 AZ Nr. 212 v. 23.9.1925.
69 StaHB 4,65-1287/23, Bl. 131ff., Pol.B v. 28.9.1925.
70 HVZ v. 19.11.1925, Nr. 268, S. 1.
71 Protokollbuch Bresse v. 19.2.1925 (StaHB 4,65-1287/21, Bl. 146f.).
72 Ebd.
73 Ebd.

Die von Steinbrecher verbreitete Einheitsfrontvorstellung wurde erweitert, indem er die *Faschisten* - also inklusive der Sozialdemokraten und somit auch des Reichsbanners - als „Auffüllungsmassen der schwarzen Reichswehr“ bezeichnete. Mit diesen - also auch mit Wehrwolf und Jungdo - sei zu „diskutieren“ und „nicht jedem die Faust“ zu zeigen. „Speziell“ aber sei zu „versuchen aus dem Reichsbanner alle proletarischen Elemente herauszuholen“.[74]

Im Jahre 1926 taucht der Begriff *Faschismus* in der Propaganda relativ selten auf. Im Januar fand sich im Protokollbuch des Bremer Frontkämpfers Bresse erneut eine Begriffsvernebelung, als man für die gerichtlich erzwungene Umbenennung des *Roten Jungsturms* in *Rote Jungfront* lediglich „eine faschistische Organisation“ verantwortlich machte, die nicht namentlich genannt wurde.[75] Und im Mai spielte die HVZ anläßlich des II. Reichstreffens mit der Bedeutung des Begriffs „antifaschistisch“:

> „Denn jeder Arbeiter sah: Hier marschierten keine Klimbimsoldaten, die um der Spielerei willen ein einheitliches Kleid tragen, hier marschierten keine faschistischen Heldenjünglinge, die Bürgerbräuputsche und Judenpogrome veranstalteten, hier kommen Arbeiter, die ihr Leben im Betrieb verbringen. Der Ernst der Demonstrierenden, der Charakter von Männern, die im Schmiedefeuer der Arbeit und des Kampfes gegen das Kapital hart geworden sind, gab dem Zug das Gepräge.“[76]

Eine Zunahme der Nutzung des Begriffs *Faschismus* fand mit der stärkeren Bedeutung von Schulung und Wehrsport der RJ 1926/27 statt. Zwei Ereignisse im Januar 1927 führten zu einer Auseinandersetzung und gleichzeitigen Rechtfertigung der eigenen Wehrpolitik. Zum einen verbot Hindenburg durch einen Erlaß der Reichswehr

> „jede Aufnahme junger Leute, die nicht gesetzmäßig eingestellt sind, in die Kasernen, Ausbildungslager und in die Truppenteile, sei es auf Probe oder für freiwerdende Stellen, sei es für einen Ausbildungslehrgang oder zur zeitweiligen Erhöhung der Mannschaftsbestände“,

sowie

> „die Vorbereitung und Ausbildung von Reservestämmen im allgemeinen sowie von Reserveoffizieren im besonderen.“[77]

Nachdem der Reichsinnenminister Külz sich in einem Rundschreiben an die Landesregierungen gegen die militärische Betätigung von Verbänden ausgesprochen hatte, dabei aber „Geländespiele, Ausflüge, Schießen mit nichtmilitärischen Waffen“ ausdrücklich als „nicht ohne weiteres Übungen militärischer Art“ ausnahm, sah die HVZ darin lediglich eine „bessere ‚Tarnung’, Verhüllung der reaktionären Rüstungen gegen die Arbeiterschaft“.[78]

Die zunehmende Gewaltbereitschaft, die mit dem Beginn des Jahres 1927 zu verzeichnen ist, und die daraus resultierenden Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern machte die Benennung eines Feindes notwendig. Mit Blick auf die Einheitsfronttheorie bot sich offensichtlich der Begriff *Faschismus* wie kein anderer an, wenn auch die inhaltliche Substanz der Feindbestimmung noch äußerst dürftig war. Als die Bremer KPD das angekündigte Schalmeien-Konzert am 23. März in eine Protestkundgebung umänderte, galt die Zielrichtung „der

---

74 Ebd.

75 Protokollbuch Bresse (StaHB 4,65-1288/21, Bl. 146of.).

76 HVZ v. 25.5.1926, S. 1: „Die proletarische Armee marschiert auf“. Auf welche Judenpogrome hier angespielt wurde, geht nicht aus dem Text hervor. Zu Zusammenstößen in Düsseldorf und Köln schreibt die HVZ außerdem: „Trotz des Verbots demonstrierten die Arbeiter und die Züge des Stahlhelms wurde mit Pfui und Niederrufen empfangen. Die Stahlhelmkapellen wurden übertönt von dem mächtigen Gesang der Internationale“.

77 Zit. nach HVZ v. 17.1.1927.

78 HVZ v. 17.1.1927, S. 2.

Konterrevolution und ihren Trägern“, als die sie die „faschistischen Organisationen“, die Polizei und den Senat, ausmachte.[79] Eine zusätzliche verbale Gleichsetzung fand mit der Übernahme eines Wortes aus der politischen Begriffswelt Rußlands statt, das später ebenfalls stärker zur Entfaltung gelangen sollte und wiederholt synonym gebraucht wurde: „weiße Banditen“ (s. auch Liste 2). In Anlehnung an die - zumindest propagandistische - politische und militärische Zweiteilung russischer Verhältnisse in Rot- und Weißgardisten wurde - bewußt oder unbewußt - versucht, dieselbe nach Deutschland zu übertragen. Daß die ausschließlich zweiteilige Nutzung auch mit der Marxschen Zweiklassen-Theorie zusammenhängt, machte die Bremer AZ deutlich, als sie den Vertreter des KPD Bezirks Nordwest, Taube, anläßlich des Untergautreffens in Wilhelmshaven-Rüstringen mit der Schlußfolgerung zitierte:

> „es gibt nur zwei Klassen, Ausbeuter und Ausgebeutete. Ihr müßt euch in der Front der Ausgebeuteten zusammenschließen.“[80]

Auf der Bremer Demonstration vom 23. März, die innerhalb der *Märzagitation* stattfand, wurde somit nicht nur die Aufforderung „Hinein in die Rote Jungfront“ skandiert, sondern auch ein Plakat folgenden Inhalts getragen:

> „Nieder mit dem Faschismus, bildet Selbstschutz!
> Arbeiterblut ist geflossen, schafft Selbstschutz!“[81]

Gleichzeitig wurde gegen den „faschistischen Rummel“ am 3. April mobilgemacht, deren Ausrichter der *Stahlhelm* war.[82]

Am 2. April 1927 fragte die HVZ erstmals „Was ist Faschismus?“, um als Antwort den Artikel mit den Worten einzuleiten: „Der Name stammt aus Mussolinien“.[83] Erstmals wurde eine Definition angewandt, die später vom Bulgaren Dimitroff übernommen wurde[84]:

> „Er ist die offene brutale Offensive der Besitzenden gegen die Ausgebeuteten.“[85]

Während den Arbeitern außerdem vorgeworfen wurde, daß sie zu wenig über den Begriff nachdenken würden, den Besitzenden daran allerdings die Schuld zugeschrieben wurde, traf ein weiterer Vorwurf „die Sozialdemokratischen Parteien aller Länder“, die es „noch nicht verstanden“ hätten, „sich an die Spitze des Kampfes gegen den Faschismus zu stellen“.

Eine intensivere propagandistische Nutzung des Begriffs *Faschismus* begann mit den Gegenveranstaltungen zum *8. Reichsfrontsoldatentag* des *Stahlhelm* am 8. Mai 1927 in Berlin. Seit dem 5. des Monats wurden bis zum Veranstaltungstag im ganzen Reich *Antifaschistische Kundgebungen* veranstaltet. Die Bemerkung des Stahlhelmgründers Seldte „Wir nehmen Berlin im Sturm“ war nicht nur motivierendes Schlagwort für den „Maiaufmarsch mit der KPD“,[86] sondern verbaler Ausgangspunkt zur späteren Gleichsetzung mit Hitlers Propagierung eines „Marsches nach Berlin“[87] - der Stadt, die nicht nur Hauptstadt der Republik war, sondern auch als stärkste Bastion von KPD und RFB galt. Am Tag vor der Berliner Kundgebung sah die HVZ eine „Mordhetze und Überfälle der Faschisten“ und brachte eine erste „Analyse“ unter dem Titel:

---

79 AZ v. 23.3.1927: „Schafft Selbstverteidigung“.
80 AZ v. 28.3.1927.
81 StaHB 4,65-1289/29, Bl. 116ff., Pol.B v. 24.3.1927.
82 Ebd.
83 HVZ v. 2.4.1927, S. 6, Arbeiterkorrespondent 896.
84 Georgi Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, 1935. In: Reinhard Kühnl (Hg), *Texte zur Faschismusdiskussion Teil 1*, Reinbek 1974, S. 57-75.
85 HVZ v.2.4.1927, S. 6.
86 Nach HVZ v. 28.4.1927, S. 1.
87 HVZ v. 7.5.1927, S. 5f.

„Faschismus, der Todfeind der Arbeiterklasse
Der Mussolinismus in Deutschland“[88]

Die Auseinandersetzung, die vom ZK der KPD stammen dürfte, bewegte sich auf einem äußerst dürftigen theoretischen Niveau.[89] Als „historische Wurzel“ des internationalen Faschismus wurde „die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution“ bezeichnet.[90] Prägend dafür sei die „Herrschaft des Finanzkapitals“, die zu einer tiefgehenden Veränderung der sozialen Struktur in den großen Industrieländern führe. Diese zeige sich einerseits durch die Herausbildung einer „Arbeiteraristokratie“, der „es auf Kosten der ausgebeuteten kolonialen und halbkolonialen Völker“ möglich würde, sich „eine privilegierte Lebensstellung“ zu sichern, während es andererseits „breite Schichten des Kleinbürgertums zum Ruin“ verdammen würde. Das wiederum steigere „die Ausbeutung der Arbeiterklasse und läßt eine permanente Riesenarmee von Erwerbslosen aus dem Produktionsprozeß“, was zum „sozialen Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft“ führe. Dieser äußere sich „in der Häufung aller parasitären Elemente an ihrem oberen, aller Elemente des Elends an ihrem untern Pol“. Beide seien die „doppelte soziale Wurzel des internationalen Faschismus“.

Da die imperialistische Epoche auch die „Epoche der proletarischen Revolution“ und somit „das Zeitalter der gewaltigsten Klassenkämpfe, des verschärften Bürgerkrieges, des bewaffneten Aufstandes“ sei, „entstand die besondere Kampfmethode des Faschismus, der Terror gegen die Arbeiterbewegung“. Im „Moment einer revolutionären Situation“ würde „nicht nur die bürgerliche Demokratie jämmerlich“ zusammenbrechen, „sondern auch die Unterdrückungskräfte der legalen kapitalistischen Staatsmaschine drohen vor dem Ansturm des kämpfenden Proletariats zu versagen“. Die Bourgeoisie benötige somit „neue Methoden zur Niederhaltung der Arbeiterklasse“. Die wichtigste davon sei der - nun zur Methode gewordene - Faschismus. Dessen Eigenart sei „die Verbindung der direkten Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse mit der politischen Gesinnung Tausender von Werktätigen und sogar gewisser proletarischer Elemente für die Ziele der Bourgeoisie unter dem Deckmantel der nationalistischen und faschistischen Demagogie.“ Schlagwortartiger Schluß dieses „Gedankens“ war die Verbindung zum russischen Vokabular, indem der *Faschismus* als „weiße Bajonette mit der gelben Ideologie“ bezeichnet wurde.

Die „Taktik“ des Faschismus sei es nun einerseits, die physische „Vernichtung des klassenbewußten Kerns der Arbeiterschaft“, also der Mitglieder der KPD-Umfeldorganisationen, und andererseits die politische „Eroberung ihrer schwankenden nicht bewußten Peripherie“ zu betreiben. Letzeres sei die Aufgabe der reformistischen Arbeiterführer, die ihm die Möglichkeit verschafften, „alle revolutionsfeindlichen Stimmungen, alle sozialverräterischen und sozialpatriotischen, alle antibolschewistischen und kleinbürgerlichen Strömungen innerhalb des Proletariats für die Interessen des Großkapitals auszunutzen“.

Das „Wesen“ des *Faschismus* und gleichsam seine „politische Kraft“ sei, die beiden Elemente der „Taktik“ zu verbinden.

In der Erklärung der „gegenwärtigen“ Lage folgte eine intensive rückblickende Auseinandersetzung mit den Ereignissen des Jahres 1923, die besonders der innerparteilichen Klärung gedient haben dürfte. So wurde eindringlich „nationalbolschewistischen Gedanken“

---

88 Ebd.

89 Beispielhaft sei genannt, daß der *Faschismus* einerseits als „Methode“ des „Klassenkampfes“ bezeichnet wurde, während er andererseits selbst über eine „Methode“ verfügte, nämlich den „Terror“.

90 Hier und folgend „Faschismus, der Todfeind der Arbeiterklasse“, in: HVZ v. 7.5.1927, S. 5f.

eine Abfuhr erteilt und als deren Produzenten ausschließlich „zahlreiche Wortführer der schwarz-weißroten Verbände“ ausgemacht. Außerdem wurde ein Vergleich dieses Krisenjahres der KPD mit der Situation zum „Stahlhelmtag“ 1927 gezogen, in dem als Repräsentanten des damaligen Faschismus die „Völkische Bewegung“ mit den beiden Repräsentanten Hitler („zum bewaffneten Sturz der Republik“) und Schlageter („zum heftigsten Kampf gegen die bestehende republikanische Staatsform“) festgemacht und mit den zu jenem Zeitpunkt agierenden Ehrhardt und Mahraun bzw. dem *Stahlhelm* verglichen wurden. Lag seinerzeitig die organisatorische Basis in Bayern, dem „industriell rückständigsten deutschen Staat“, versuche nun der *Stahlhelm* sie „nach Mitteldeutschland, dem Herzogtum des Chemietrusts, dem Reich des größten finanzkapitalistischen Monopolverbandes und nach anderen Industriegebieten in Deutschland zu verlegen“. Nachdem Schlageter von den Franzosen erschossen worden sei und Hitler „selbst von der bayrischen Justiz zum Schweigen verurteilt“ worden war, habe sich eine „vollständige Umgruppierung der politischen Kräfte“ ergeben. Die „gegenwärtige Entwicklung des deutschen Faschismus“ sei durch drei „grundlegende Tatsachen charakterisiert“. So habe sich „nach der Oktoberniederlage der Arbeiterklasse, der Räumung des Ruhrgebiets und der Annahme des Dawes-Plans“ das „national unterjochte Deutschland der Nachkriegszeit in das imperialistische Deutschland der Gegenwart verwandelt“.

> „An die Stelle der akut revolutionären Situation von 1923 ist die relative Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft, die Aufrichtung des Hindenburg-Regimes, die Regierung des Bürgerblocks, die rücksichtslose Offensive des Unternehmertums mit den Methoden der kapitalistischen Nationalisierung getreten.“[91]

Verschärft würde die Situation durch „die neueste Entwicklung der internationalen Politik“. An erster Stelle sei es der englische Imperialismus, der „in der ganzen Welt zur kriegerischen Intervention gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ rüste. Alle „imperialistischen Konflikte“ würden sich ebenso wie alle sozialen und nationalen Kämpfe“ um „den einen Grundwiderspruch“ gruppieren:

> „um den entscheidenden Gegensatz zwischen der englischen Bourgeoisie und dem Staat der proletarischen Diktatur.“[92]

Seit dem „großen englischen Bergarbeiterstreik“ mische sich die Chamberlain-Regierung nicht nur in die inneren Klassenkämpfe aller europäischen Staaten ein, sondern betreibe eine „diplomatische und militärische Einkreisung der Sowjetunion mit der blutigen Niederschlagung der kolonialen Freiheitsbewegungen“.

> „Das konservative englische Kabinett ist nicht nur der Organisator des kommenden Weltkrieges, sondern auch der Schrittmacher für die Zerstörung der modernen Arbeiterbewegung.“[93]

Chamberlain schüre „den weißen Terror, den Faschismus“. Während „die internationale und deutsche Bourgeoisie“ aufs „schärfste die faschistische Bewegung in Deutschland“ fördere, habe Churchill in Rom Mussolini ermuntert und als „Gegengift gegen die tierischen Gelüste und Ansprüche des Leninismus“ bezeichnet.

Auf Deutschland bezogen wurde „jede einzelne Handlung des Bürgerblocks“ als ein „konterrevolutionärer Vorstoß gegen die Arbeiterschaft“ und somit „Unterstützung des Faschismus“ bezeichnet. Der *Reichsfrontsoldatentag* des *Stahlhelm*, der als „Aufmarsch des deutschen Faschismus“ bezeichnet wurde, stelle somit „eine unmittelbare Funktion der englischen

91 HVZ v. 7.5.1927.
92 Ebd.
93 Ebd.

Kriegspolitik und der Regierung des Bürgerblocks“ dar. Er sei das legale Machtinstrument des republikanischen bürgerlichen Staates. Nach einem rückblickenden Vergleich zu Hitlers angekündigten „Marsch nach Berlin“ vom Herbst 1923 stellten die Autoren fest:

> „Der Aufmarsch in Berlin ist die schärfste Kampfansage, der provokatorische Angriff gegen die gesamte organisierte Arbeiterschaft in Berlin und ganz Deutschland.“[94]

Wenn die Republik derzeit auch „noch nicht die faschistische Diktatur nach dem Muster italiens“ sei, so verkörpere die bereits „das Höchstmaß der im gegenwärtigen Moment erreichten Voraussetzungen für die Errichtung dieser Diktatur“. Die Faschisten würden „ihren Eintritt in die kapitalistische Republik“ weder vollziehen, „um sie zu zerstören, noch um sie in ihrer heutigen Form bestehen zu lassen“. Denn das „Hindenburg-Regime“ brauche „nicht gestürzt, sondern nur vervollkommnet zu werden, um ein echtes, unverfälschtes Mussolini-Regime zu werden“. Es bilde lediglich den „Übergang von der reaktionären Republik zur faschistischen Staatsform“. Sein Ziel sei „die konsequente vollständige Beseitigung der letzten Reste aus der demokratischen parlamentarischen Vergangenheit, die diesem Staat noch anhaften“.

Abschließend folgte ein letzter Angriff gegen die „sozialdemokratischen Verteidiger dieses Staates“, die „Seite an Seite“ mit der „faschistischen Offensive“ agierten und ein warnendes und den RFB-legitimierendes Fazit:

> „Die deutschen Faschisten haben von 1919 bis 1923 nicht nur durch historische Untersuchungen, sondern durch sehr handgreifliche Erfahrungen mehr als einmal erfahren, daß die Niederschlagung der deutschen Arbeiterklasse kein leichtes Werk ist. Sie wissen, daß der Übergang von der Hindenburg-Republik zur faschistischen Staatsform nicht ohne eine gewaltsame Erschütterung, nicht ohne den offenen Bürgerkrieg möglich ist. Darum rüsten sie mit vollem Bewußtsein zum Bürgerkrieg gegen das Proletariat, zum bewaffneten Kampf, zum Aderlaß an den ‚roten Massen’. Ihr Aufmarsch ist nur in der Form friedlicher, aber in Wirklichkeit großzügiger, zielbewußter und darum gefährlicher als in der Vergangenheit [gesp.].“[95]

Am Tag nach dem Stahlhelmaufmarsch in Berlin behauptete die HVZ nicht nur, daß die „Rote Klassenfront“ die Straßen Berlins beherrscht habe, sondern gab ein Beispiel, indem sie zusätzlich „das Wesen einer Bürgerblockarmee“ charakterisierte, aus deren Beschreibung nur zu deutlich die eigenen Vorstellungen hervorschimmerten:

> „Zwangssoldaten, in kümmerliches Zeug gekleidet, marschierten neben durchaus bestgekleideten und gerüsteten vollgefressenen Herren. Als die Arbeiter mit dem Gesang der ‚Internationale’ die Musik der Stahlhelmer übertönten, gingen die Stahlhelmarbeiter mit geduckten Köpfen, ohne ‚Frontheil’ Geschrei.“[96]

4.2.2.1

In den folgenden Monaten spielte die „Anti-Faschismus“-Kampagne innerhalb der Agitation nur eine geringe Rolle. Lediglich bei einer Kundgebung am 24. Mai im Kaffee Funke wegen der Durchsuchung der Arcos in London[97] oder in der Auseinandersetzung mit dem *Stahlhelm* tauchte der Begriff *Faschismus* in der Propaganda auf (hier z.B. am 10. September in Bremen anläßlich des 13. Jugendtages[98]). Beim Gautreffen des RFB Nordwest in Bremen am 28. August sah Oskar Beanae in seinen Ausführungen über die Entwicklung der 2. Bremer Abteilung einen Zusammenhang zwischen dem Kampf „gegen imperialistischen Krieg und Faschistengefahr“.[99]

---

94 Ebd.
95 Ebd.
96 HVZ v. 9.5.1927, S. 1. Vorher hieß es: „Der Gesang der ‚Internationale’ überscholl die Marschmusik der grauen Faschistenkolonnen.“ Eine Behauptung, die im folgenden Jahr mit den exakt gleichen Worten wiederholt wurde, s. HVZ v. 4.6.1928.
97 StaHB 4,65-1290/16, Bl. 21d-24, N.-Stelle Nr. 1084/27, Pol.B v. 25.5.1927.
98 StaHB 4,65-1290/45, Bl. 97ff., Pol.B v. 12.9.1927.

Bei der Veranstaltung zum Bremer Treffen mußte ein Plakat in der Wartburgstraße, das den Faschisten den Tod wünschte, auf Veranlassung der Polizei „wegen seines aufreizenden Inhalts entfernt werden“:

„Dem Arbeiter die Straße, den Faschisten der Tod“[100]

Zeigte sich in dieser drastischen Formulierung analog zur Theorie der *Einheitsfront von unten* ein deutlicher Rückgriff auf das Jahr 1923 und die Formulierung der *Roten Fahne* - „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ (die später ebenfalls wieder übernommen wurde, s. Dok. 1) -, so kam auch die Verwendung des Begriffs Faschismus als Anhängsel an jedes x-beliebiges Wort wieder in Mode.[101] Der Begriff *Faschismus,* bis dato bereits zum Synonym für die meisten gegnerischen politischen Richtungen oder Ausdrucksformen geworden, begann mit einer Äußerung Willy Leows in seiner Darstellung über die Geschichte des RFB eine solche Erweiterung zu erfahren, daß er in eine neue Begriffswelt überzugehen schien. Um dem programmatischen Ziel - der Organisierung von Betriebsgruppen - näher zu kommen, betonte er, daß sich „mit der wachsenden Gefahr des Faschismus“ die Organisation „in wachsendem Maße“ auf dessen Bekämpfung konzentrieren müsse, und gab bekannt, daß die 4. Reichskonferenz „die Bildung von Betriebsgruppen des RFB zur Bekämpfung des Betriebsfaschismus“[102] beschlossen habe.

Abb. 1 HVZ v. 4.6.1927: „Faschistische Bazillen“

Betriebsfaschismus	(4.6.27)
Werkfaschismus	(8.1.28)
Sozialfaschismus	(14.3.28)
Nationalfaschismus	(14.3.28)
Schulfaschismus	(8.10.1930)
Schiffahrtsfaschismus	(5.6.31)
Stahlhelmfaschismus	()
Brüning-Faschismus	(18.9.31)
Kulturfaschismus	(5.10.32)
Zentrumsfaschisten	(4.11.31)
Bismarck-Faschisten	(1.4.27)
Reichsfaschistentag	(21.3.28)
Reichsbannerfaschisten	(28.11.28)
Faschistische „Ständekammer“	(22.10.31)
Faschistischer Wehrsport	(28.10.32)
Faschistische Gaststätten	(7.1.32)
Brünings faschistische Volksgemeinschaft	(11.1.32)

Liste 1 *Faschismus - Faschisten* usw.[103]

Leows Wortwahl wurde im Januar 1928 nicht nur übernommen, sondern mit einer weiteren Neuschöpfung ergänzt. In ihrem Bericht zur „Arbeit in Betrieb und Gewerkschaften“ betonte die Gauführung Nordwest, daß ein „Kampf gegen den Werkfaschismus“ nur geführt werden könne, „wenn alle RFB Kameraden, die im Betrieb beschäftigt, sind zu einer Betriebsgruppe zusammen geschlossen werden“.[104]

Die Entwicklung verdeutlicht, daß die Ausweitung auf den Begriff „Sozialfaschismus“, der seit März 1928 zu verzeichnen ist,[105] keineswegs ein „Betriebsunfall“ war, sondern lediglich die konsequente Fortführung der begonnen Praxis. Aufgrund des allumfassenden Verständnisses, daß *Faschismus* das Lager des politischen Gegners in seiner Gesamtheit

99 Oskar Beanae, „Die Entwicklung der Abteilung 2 des RFB, Bremen und ihre bisherigen Arbeiten“.
100 StaHB 4,65-1290/38, N.-Stelle Nr. 1715/27, Pol.B v. 29.8.1927.
101 Beispielsweise der Begriff „Nordfaschismus“, den Radek 1923 benutzte, s. Kap. 2.1.3, Anm. 206.
102 Willy Leow, *Der Rote Frontkämpfer-Bund Deutschlands. Von der Gründung bis zum 3. Reichstreffen*.
103 Die nur beispielhaften Quellenangaben stammen aus der HVZ. Ausgenommen ist lediglich „Werkfaschismus“, s. dazu: *Bericht der GF* zur GKonf. Nordwest v. 8.1.1928.
104 *Bericht der GF* zur GKonf. Nordwest v. 8.1.1928 (StaHB 4,765-1291/2, Bl. 1f.).
105 HVZ v. 14.3.1928, S. 2.

war, mußte mit der Rückbesinnung auf die Theorie der *Einheitsfront von unten* ein derartiger Schritt folgen - außerdem handelt es sich um eine Fortführung des Begriffs der „schwarz-rotgelben Front der Sozialverräter“ vom Juni 1925 (s. Kap. 4.2.1). Es kann deshalb auch kaum verwundern, daß den genannten Begriffen später (ab 1928) noch eine Vielzahl anderer folgte (s. Liste 1). Der Kampf galt z.B. den „faschistischen Organisationen und Werkvereinen“,[107] den „faschistischen Sport- und Wehrorganisationen“[108] oder war „gegen die Faschisierung der Seefahrt“[109] gerichtet - letzterer folgte beispielsweise der Begriff „Schiffahrtsfaschismus“. Der 1. Juli 1928 wurde in Vegesack als „Antifaschistentag“ begangen.

- Weiße Banditen	(23.3.27)*
- Weiße Horden	(28.3.27)*
- Weißer Terror	(7.5.27)
- Weiße Armee	(24.5.27)
- Weiße Front	(26.5.28)
- Weiße Bajonette	(7.5.27)
- Weiße Bestie	(7.11.29)
- Mussolinismus	(7.5.27)

Liste 2 Alternativ genutzte Begriffe mit "Faschismus"-Charakter[106]

Zum 2. Gautreffen der RJ in Kiel wurde am 20. Oktober 1928 in der HVZ vorbereitend die Frage „Rote Jungfront und Faschismus“ beantwortet. Nachdem die „faschistischen Verbände“ als „ein Kampfinstrument der Großbourgeoisie gegen das Proletariat“ bezeichnet worden waren, „zu dessen Niederwerfung die legalen staatlichen Machtmittel nicht mehr“ ausreichten, wurde auf die soziale Grundlage des *Faschismus* hingewiesen:

> „Der Faschismus hat seine soziale Grundlage in den stellungslosen Offizieren und Landsknechten, die nach Kriegsende sich in keinen Beruf einleben konnten und in dem durch Inflation, Rationalisierung und Konzentration des Kapitals immer schneller niedergehenden Kleinbürgertum.“[110]

Bei dieser Definition waren im Gegensatz zu jener vom ZK der KPD vom Mai 1927 die „Elemente des Elends“ am unteren Pol der bürgerlichen Gesellschaft ausgenommen, da sie sich offensichtlich kaum noch mit der sozialen Situation der eigenen Klientel in Einklang bringen ließen. Insbesondere aber galt der Kampf wieder der Sozialdemokratie, „die einen großen Teil der Bekämpfer und Verleumder des heutigen Rußlands“ darstelle.[111] Ihnen sei ein Teil einer „Resolution des fünften Weltkongresses der KJ“ gewidmet, in der es u.a. hieß:

> „Bei fortschreitendem Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft nehmen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, einen mehr oder weniger faschistischen Charakter an, bedienen sich seiner Kampfesweise gegen das Proletariat und lösen so selbst die Gesellschaftsordnung auf, zu deren Erhaltung sie sich gebildet hatten. Der Faschismus und die Sozialdemokratie sind die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur.“[112]

Der *Antikriegstag*, der 1927 in Hamburg am 24. Juli - verbunden mit dem *Norddeutschen Treffen* - begangen wurde und zu dem auch eine ca. 300 Personen starke Delegation aus Bremen angereist war,[113] stand unter dem Motto „Krieg dem imperialistischen Krieg“[114] sowie „Rote Bataillone gegen Krieg und Kapital“[115]. Ein Jahr später galt es nicht nur die „Arbeiterfront gegen imperialistischen Krieg“[116] zu stellen, sondern auch „gegen Faschismus und Kriegsgefahr“[117] zu demonstrieren.

---

106 Quellen HVZ; mit * AZ; *Weiße Armee* nach StaHB 4,65-1290/16, Bl. 21d-24, Pol.B v. 25.5.1927.
107 *Bericht der GF* zur GKonf. Nordwest v. 8.1.1928 (StaHB 4,765-1291/2, Bl. 1f.).
108 HVZ v. 29.12.1928, S. 4.
109 HVZ v. 5.6.1931.
110 HVZ v. 20.10.1928, S. 4.
111 HVZ v. 20.10.1928, S. 4.
112 Ebd.
113 StaHB 4,65-1290/30, B. 64ff, Pol.B v. 25.7.1927.
114 HVZ v. 16.7.1927, 1. Beilage Nr. 164.

In der Phase, die neben der Einordnung als Rückbesinnung auf die Theorie der *Einheitsfront von unten* oder *„ultralinke" Wendung* auch als Beginn der *Gesellschaft in der Gesellschaft* bzw. - nach Kluge/Negt - der *Ideologie des Lagers* bezeichnet wird,[118] tauchte verstärkt auch der Begriff *Vaterland* in der Propaganda auf (s. Kap. 4.2.2.2). Die seit jener Phase ebenfalls feststellbare inflationäre Nutzung des Begriffs *Faschismus*, die in fast jeder Auseinandersetzung mit einem der Gegner präsent gewesen war, führte auch zur Häufung der Selbstbestimmung in der Negation des „Bösen" als „Antifaschist". Mit gleicher Intention wurden auch die neuen kommunistischen Organe mit diesbezüglichen Namen versehen. Am 9. März 1929 tagte im Berliner Gewerkschaftshaus ein *Erster Internationaler Antifaschisten-Kongreß*.[119]

Auffällig ist der konzeptionslos erscheinende Gebrauch des Begriffs *Faschismus*. Während Schneller in seinem Eingangsreferat zum 12. Parteitag der KPD unter dem Begriff „die faschistischen Banden" die Nationalsozialisten, den *Stahlhelm* und das *Jungdo* subsumierte, die er um die „sozialfaschistischen Rollkommandos des Reichsbanners" ergänzte,[120] wurde eine Woche zuvor anläßlich des Stahlhelmaufmarsches eine andere Aufzählung präsentiert. Als die „Hamburger faschistischen Verbände" wurden neben sechs Trommler- und Pfeiferkorps und zwei Blasorchestern nur fünf Personengruppen aufgeführt, die sich insgesamt zu „wenig über 3000 Faschisten" subsumiert hätten (s. Dok. 2). Außerdem wurde behauptet: „die Faschisten werden weniger. Gestern waren es nur noch 746 Viererreihen, gleich 2.984".[121]

Dok. 1 Parolen gegen den *Faschismus*

- Faschismus, der Todfeind der Arbeiterklasse / Der Mussolinismus in Deutschland (7.5.1927)
- Die Faust geballt! Nieder mit Stahlhelm und Sozialfaschismus! Es lebe die Rote Front! (26.5.1928, zum Stahlhelmaufmarsch in Hamburg)
- Schlagt die 'linken' Sozialfaschisten! (12.12.1929)
- Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft! (18.1.1930)

Ab August 1929 laufen auch die Veranstaltungen der KPD und ihres Umfeldes immer häufiger unter der Überschrift „... gegen Faschismus". Nachdem der *Norddeutsche Arbeiterschutzbund* in der kurzen Zeit seines öffentlichen Bestehens (Ende 1929) in der Versenkung verschwunden war und die Neugründung eines anderen Bundes in Angriff genommen wurde, begannen im Juni 1930 Veranstaltungen mit der alternativ gestellten Frage „Bolschewismus oder Faschismus".[122] Begleitend zur Kampagne wurde in der HVZ eine Stellungnahme von Ernst Thälmann veröffentlicht.[123] Die direkten Gründungsveranstaltungen des *Kampfbundes gegen den Faschismus* zu Beginn

Dok. 2 Die „Hamburger faschistischen Verbände" (HVZ v. 27.3.1929)

Stahlhelm	1.348
Werwolf	340
Niedersachsenring	168
Studenten	480
Zivilpersonen	1.024

115 S. Kap. 3.2.1.2 Abb. 17, S. 192.
116 HVZ v. 4.8.1928, S. 1.
117 HVZ v. 1.8.1928, S. 5. Die AZ v. 15.8.1928 nannte es den „imperialistischen Krieg und Faschismus".
118 Vgl. dazu Oskar Negt u. Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*, Frankfurt/M. 1972; Hartmann Wunderer, *Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung* (1890-1933), Frankfurt a.M., 1980, S. 16ff.
119 HVZ v. 12.3.1929, S. 5. Am 10.8.1930 tagte ein *Antifaschistischer Kampfkongreß* in Stockholm (HVZ v. 15.8.1930) und im November 1931 ein *Kampfkongreß gegen Faschismus* bei Wulf in Altona (HVZ v.14.11.1931, S. 1).
120 Ernst Schneller, *Die faschistische Gefahr und der Sozialfaschismus*. In: HVZ v. 26.4.1929, S. 6.
121 HVZ v. 27.3.1929, S. 4.
122 HVZ v. 27.6.1930, S. 3. Am gleichen Abend bei Sagebiel mit dem Landtagsabgeordneten Hermann Schubert sowie dem ehemaligen Bezirksführer der NSDAP Hamburg, Kurt Schmidt.
123 *Ernst Thälmann, Bolschewismus oder Faschismus.* In: HVZ v. 21.7.1930, S. 1.

des Oktobers wurden zusätzlich mit Veranstaltungen unter dem Titel „Faschistische Knute oder Freiheitskampf um Brot und Macht“ propagandistisch vorbereitet.[124]

Seit 1932 ging der Gebrauch des Begriffs *Faschismus* leicht zurück und wurde zunehmend durch Ausdrücke aus der nationalsozialistischen Szene ersetzt - erstaunlich häufig jedoch, ohne damit gleichgesetzt zu werden.

Rußland – vom Vaterland des Internationalismus

Als im September 1924 ein „großer Aufmarschtag“ für den November geplant wurde, war verlautbart worden, daß dieser „den Grundstein“ für „den Internationalen Frontkämpfer-Bund“ legen sollte:

> „Thüringen ist der Ausgangspunkt der RFB Bewegung gewesen, welche jetzt in ein Stadium tritt, wo diese eine Weltbewegung zu werden verspricht.“[125]

Eingeladen war André Marty, der als der *Schwarzmeerrebell* einen Namen hatte und daher geeignet war, „die Weiheansprache“ zu halten.[126] Die französische Herkunft des Genossen war nebensächlich, aber daß er in der Marine seines Landes rebelliert hatte, erhob ihn zum Mythos und reihte ihn in die Liste der herausragenden Persönlichkeiten seiner Zeit ein. Symbol der zitierten Weltbewegung war Marty oder seine Rebellion allerdings nicht, diese Funktion war ausschließlich Rußland vorbehalten.

Die *Russische Revolution* war das Fanal und die daraus resultierende *Sowjet Union* der Hoffnungsträger der Bewegung. Bereits die Entwicklung, die zur Gründung des RFB führte, machte dies deutlich (s. Kap. 2). Es war somit naheliegend, daß Themen, die mit dem ersten sozialistischen Land in Verbindung standen in der Propaganda eine hervorstechende Rolle spielen würden. Die Kapitel, in denen die regionalen Entwicklungen dokumentiert wurden, haben ebenso wie die Schilderung über die zentralen Vorgaben schon eine Entwicklung verdeutlicht, die diese Tendenz bestätigen.

Mit Rußland verbanden sich Hilfsaktionen und Hoffnungen gleichermaßen. Die führende Rolle der russischen KP resultierte im wesentlichen aus dem revolutionären Mythos und der folgenden Einmaligkeit der Existenz eines als sozialistisch definierten Staatswesens. In der Agitation des RFB zeigte sich die Eindeutigkeit der Ausrichtung beispielsweise bei der zentralen *Roten Bannerweihe* am 20. April 1925 in Berlin, bei dem das gepriesene Objekt – die spätere Bundesfahne - vom Leningrader Sowjet gestiftet worden war; ebenso bezeichnend daß dieses Ereignis als erstes Reichstreffen in die Geschichte des Bundes einging.[127] Die Beschwerden aus russischen Großbetrieben nach späteren vergleichbaren Vorgängen auf regionaler Ebene, die, nachdem ihre Fahne das Land verlassen hatte, keinerlei Rückkoppelung erhielten, verdeutlichen neben der - auch in Rußland - propagandistischen Bedeutung die zahlenmäßige Zunahme an derartigen Feiern (s. Kap. 3.1.1).

---

124 Div. HVZ v. 23. bis 27.9.1930.

125 Rundschr. d. Bez.Leitung Thüringen an alle Ortsgruppen des RFB (SAPMO FBS 310/13144, I 4/2/14, Bl. 218-220.

126 BL-Rundschr. Nr. 2 v. 15.10.1924. Siehe auch das Personenverzeichnis.

127 Beispielsweise überreichte Thälmann am 15.4.1925 in Hagen eine rote Fahne als Geschenk der *Roten Armee* (HVZ v. 16.4.1925, S. 2) und am 2.6.1925 wurde anläßlich des Jugendtages in Itzehoe und Lägerdorf eine Fahne des russischen Jugendverbandes überreicht (HVZ v. 3.6.1925, S. 3).

Nachdem der Austausch von Fahnen und Grüßen zum Alltag im politischen Kampf geworden war, begann im Herbst 1925 der Reiz des lebendigen Objekts hinzuzukommen. In Polizeiberichten wie in der Parteipresse wurde die Anwesenheit russischer Personen stets herausgestellt. Am 22. August 1925 brachte beispielsweise Ernst Thälmann den Sohn des russischen Volkskommissars Trotzki als Referenten mit zu einer Vertrauensmännerversammlung des Kieler RFB im „Krug zum Grünen Kranze".[128] Die Wirkung derartiger Gäste als agitatorisches Veranstaltungselement scheint so eindrucksvoll gewesen zu sein, daß sie von den Veranstaltern überstrapaziert wurde. So heißt es ebenfalls im August 1925 anläßlich einer Kieler Veranstaltung, daß „ein Rektor, welcher aus Russland sein sollte", in gebrochenem Deutsch sprach und allgemein angenommen wurde, daß „es sich nicht um einen Russen handelte, sondern um einen Deutschen, welcher seine Sprache verstellt" hätte.[129] Gut ein Jahr später, im September 1926 war ein „Vertreter des russischen Proletariats" anläßlich einer *Reichpietsch und Cöbes-Gedenkfeier* der Altonaer *Roten Marine* angekündigt worden, zu der der Polizeibericht bemerkte, daß er „nur einige Worte, vermutlich nur einen Satz in russisch" sprach.[130] Während André diesen Umstand damit erklärte, daß der Gast kein Versammlungsredner sei, und lediglich „die wärmsten Grüsse des russischen Proletariats" überbringen wolle, kamen die beobachtenden Polizisten zu dem Schluß, daß „nach den ganzen Umständen zu urteilen" es sich „um einen gemachten Russen handeln" würde. Dieses würde „der Veranstaltung ein besonderes Gepräge" geben und das Interesse der Versammelten „an der russischen Bewegung" erhöhen.

Neben den vermuteten Gründen der Beamten – besonderes „Gepräge" und Interesse an der russischen Bewegung – dürfte die Anerkennung von außen und die damit verbundene Legitimation für den RFB und die Aufwertung für die Partei nicht unwesentlich gewesen sein. Die Entwicklung führte zu so kuriosen Eintragungen in den Polizeiberichten wie: „Russen waren bei den Veranstaltungen nicht anwesend"[131] oder „Russische Delegierte waren nicht erschienen, trotz einer Meldung aus Berlin wonach 7 russische Delegierte an dem Kongress teilnehmen sollten, die die Rote Armee extra entsandt hätte." Die Ortsgruppen und Kameradschaften in Hafenstädten entdeckten offensichtliche eine gute Möglichkeit, die Schwierigkeit zu umgehen. Sie bemühten sich um Besatzungsmitglieder von russischen Schiffen, die mehr oder weniger zufällig im Hafen vor Anker lagen. Als im Mai 1925 der Dampfer *Krasno je-Znamga* in Bremens *Hafen 3* lag, holte die Blumenthaler KJ zwei der Leute ab, um mit ihnen zur Fahnenweihe von RFB und RJS zu marschieren[132] - offensichtlich mit einer russischen Fahne.[133] Da sich für die Hafenregion und die Schiffe natürlich die RM als zuständig empfand war es nur konsequent, daß im Juni 1927 die Mariner vom Gau Nordwest das „Besuchersystem" ausbauten. Als der russische Dampfer Trotzki aus Leningrad in Bremen anlegte, besuchte eine Delegation der *Roten Marine Bremen* die Besatzung. Ihnen wurde nicht nur ein Bild Lenins überreicht, sondern auf Anregung des „Genossen Zellenkommissar" vereinbart, daß „ein russisches Schiff die Patenschaft" der Bremer Sektion übernimmt.[134] Als Folge sollte ein Austausch der Fahnen stattfinden, der allerdings nicht überliefert ist.

---

128 LAS 301-4546/21.
129 LAS 301-4546/23, Pol.B Tgb.Nr.I.P.566/25, Pol.B, Kiel, 29.8.1925.
130 LAS 301-4547/46, Abt. I a/ Nr. Ia 1002/26, Pol.B Bluck und Gabriel, Altona, 15.9.1926.
131 LAS 301-4547, P.P. 566/26, Pol.B, Kiel, 21.9.1926: 18./19.9.26 Erstes Reichstreffen der RM und *Roter Tag* Kiel.
132 StaHB 4,65-1287, Bl. 29/5, N.-Stelle Nr. 1406/25, Pol.VM v. 19.5.1925.
133 StaHB 4,65-1287, Bl. 26f./3, N.-Stelle Nr. 1401/25, Pol.B v. 18.5.1925.
134 Brief v. Weyand an Zempetz v.d. Reichsmarineleitung der RM v. 25.6.1927 (StaHB 4,65-1295, Bl. 112a+R/12). Am 6.5.1926 berichtete die HVZ z.B. von der Fahnenübergabe an die *Rote Marine* Kiel, „die ihnen von den russischen Brüdern des Sowjetdampfers ‚Karl Liebknecht' gestiftet worden" war.

Außer der ständigen Präsenz Rußlands in der kommunistischen Presse aufgrund der politischen Ereignisse kamen zunehmend auch Berichte über das Land selber und später über Fahrten in die Sowjetunion hinzu.

Betrieben die Roten Frontkämpfer einerseits die symbolische Nutzung von Produkten russischer Herkunft oder Betitelung wie sogenannte „Russenkittel", „Russenhemden" oder „Russenhelme" bzw. „Sowjetmützen" und dem Gruß „Heil Moskau",[135] mußten sie andererseits gerade aus diesem Grund den Spott über sich ergehen lassen. „Lackierte Russen" nannte sie beispielsweise das *Hamburger Echo* im Juni 1925.[136] Es dauerte nicht lange, bis die roten Fahnen neben dem Emblem der Faust zusätzlich mit Sowjetsternen versehen waren.[137] Auch beim zweiten Reichstreffen wurde eine Fahne – diesmal von russischen Gewerkschaften – neben jener der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg überreicht. Thälmann betonte außer der darin liegenden Symbolik - dem „Zeichen der nationalen und internationalen Einheit der Arbeiterklasse" -, daß sie „im Kampfe voranwehen" sollten „bis zum endgültigen Sieg".[138] Zum 1. Mai 1927 trugen die Frauen des RFMB rote Kopftücher „als Zeichen der Solidarität mit den russischen Schwestern" und „als Zeichen der roten Einheitsfront".[139]

Für Delegationen, die aus unterschiedlichen Gründen nach Rußland gefahren waren, wurde - wie am 1. September 1925 in Hamburg geschehen – bei ihrer Rückkehr eine eigene Begrüßungsfeier veranstaltet,[140] oder es wurde z.B. über die Fahnenübergabe des RFMB Wasserkante an russische Straßenbahnerinnen in der Parteipresse berichtet.[141]

Die agitatorische Beachtung anderer Länder oder Nationen hatte weniger – dem Wortsinn entsprechen - internationalistischen Inhalte, sondern diente vor allem der Stimmung im eigenen Land.[142] So war Thälmanns doppelte Handreichung am 22. Juni 1925 beim *Roten Tag* in Hamburg - mit russischen Matrosen eines im Hafen liegenden Dampfers und dem Chinesen Chang-Ting-Ku - die von der HVZ als „internationale Verbrüderung" bezeichnet wurde, nur der „symbolische Akt" im „Kampfe gegen den Imperialismus".[143] *Internationalismus* war allerdings lediglich eine andere Bezeichnung für ein Zweckbündnis der einen Klasse gegen die andere. Dahinter verbarg sich nicht die Intention, die Menschen eines anderen Landes in ihren spezifischen Eigenarten kennenzulernen, sondern die Hoffnung, Hilfe zur Verbesserung der eigenen – negativen – Situation zu erhalten oder Analogieschlüsse für die Verhältnisse im eigenen Land ziehen zu können, so auch, als beim *Roten Tag* in Schleswig am 27. März 1927 ein Vertreter des Untergaus Kiel anläßlich des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in Polen scharf das Verhalten der polnischen Polizei und Justizbehörden geißelte. Er kam zu dem Schluß, daß „es auch bei uns eines Tages soweit kommen" könne. Wenn dieser Tag kommen würde, „dann wür-

135 Z.B. in: StaHB 4,65-1286, Bl. 40ff/3, B.Nr. 968/24, Pol.LB v. 17.10.1924 über die 1. Konstituierende Mitgliedervers. Bei Greve am 13.10.1924; ebd., B. 202f./19, Pol.B v. 28.3.1925; ebd., B. 229/23, N.-Stelle 1212/25geh.

136 Nach HVZ v. 20.6.1925: „Der Rote Frontkämpferbund im Bezirk Wasserkante".

137 Z.B. beim 1. Mai-Aufmarsch in Hamburg (HVZ v. 3.5.1926, S. 1).

138 HVZ v. 25.5.1926, S. 1.

139 HVZ v. 30.4.1927, S. 7.

140 HVZ v. 31.8.1925, S. 1.

141 HVZ v. 5.7.1926, Beilage Nr. 153, S. 1. Am 15.7.1926 erschien in der HVZ ein großer Bericht „Was die Kriegsopferdelegation aus Rußland berichtet".

142 So waren z.B. die Verhältnisse in China seit 1925 ständig in der HVZ thematisiert worden. Beim III. Reichstreffen im Juni 1927 wurde eine Fahne von der Kommunistischen Arbeiterjugend Chinas an die RJ überreicht (HVZ v. 4.6.1927, S. 1). Ab Juli 1927 war der Prozeß mit den anschließenden Hinrichtungen von Sacco und Vanzetti in den USA ständig präsent, und im Juli 1927 waren es die „Toten von Wien".

143 HVZ v. 22.6.1925; s. auch Kap. 3.2.1 besonders Abb. 5.

den die Arbeitermassen einig zusammenstehen und den Faschismus besiegen".[144] War zu Beginn des Jahres 1927 lediglich betont worden, daß der RFB als „einzige proletarische Kampforganisation […] ehrlich gewillt sei, mit den herrschenden Klassen aufzuräumen", so war am 15. April 1928 der Begriff „Internationalistisch" zur propagandistischen Standardformulierung geworden. „Die Grenzen müssten verschwinden", betonte Radusch beim Untergautreffen in Flensburg, nachdem dänische Besucher aufgrund von Paßschwierigkeiten an der Grenze abgewiesen worden waren. „Die Kommunisten würden auch nicht eher ruhen, bis der letzte Grenzpfahl niedergerissen und die Einheitsfront des internationalen Proletariats hergestellt sei".[145] Bereits im März 1928 war das V. Reichstreffen des RFB in Hamburg als *Internationale Kundgebung* bzw. *Internationales Meeting* begangen worden, zu dem aber lediglich Delegierte aus Österreich, England und Frankreich gekommen waren (s. Kap. 3.2.3).

Der intensive Gebrauch des Begriffs *Internationalismus* seit der Jahreswende 1927/28 war untrennbar mit der Rückkehr zur *Einheitsfront von unten* - *ultralinke Wendung* oder Beginn der *Ideologie des Lagers*[146] - und der daraus resultierenden Definition des Faschismus verbunden. Im Einklang damit wurde der Begriff *Vaterland* problematisiert und erlitt eine Wendung. Die Feiern anläßlich des 10jährigen Bestehens der Sowjetunion führten zu einer umfangreichen Thematisierung der Roten Armee und deren internationalistischer Pendants, was wiederum die Diskussion um die Proklamierung des Bürgerkriegs und das „Weltproletariat" in Szene setzte.

Über ein Jahr zuvor, im Juni 1927, hatte der Bremer KPD-Bezirksleiter Taube die örtliche Delegation zum Reichstreffen noch mit den Worten verabschiedet, daß die Rote Faust sich dem imperialistischen Kriege gegen Rußland mit aller Kraft entgegenstellen, und die Rote Front Deutschlands für die Erringung ihres Vaterlandes, nämlich für ein Sowjetdeutschland, kämpfen würde.[147] Im gleichen Monat - vierzehn Tage nach einer *Clara-Zetkin-Feier* (zum 70. Geburtstag) in Bramfeld bei Hamburg - stellte die zuvor Geehrte in einem Aufsatz die Frage: „Was ist die USSR den deutschen Arbeitern?"[148] und als sei es eine Antwort machte zwei weitere Wochen später die HVZ darauf aufmerksam, daß der rechtslastige Begriff nicht mehr auf das heimische Sowjetland ausgerichtet war, denn dort hieß es nun:

„Sowjetrußland ist unser Vaterland"[149]

Diese Behauptung wurde besonders zu den Feierlichkeiten anläßlich des 10jährigen Bestehens der Sowjetunion wiederholt in Szene gesetzt.[150] Zum *Antikriegstag* und *Norddeutschen Treffen* am 23. Juli 1927 schrieb das KPD Organ Wasserkante:

> „Gebt ihr Herren, wenn ihr den Moment für gekommen erachtet, den Arbeiter Waffen - nun wohl, wir werden dafür sorgen, daß sich zum Bajonett in der Hand der Sozialismus im Hirn gesellt. [gesp.] […] Ihr werdet uns wieder das Vaterland zu verteidigen befehlen - wir aber werden euch Herren fragen:
>
> Wo ist unser Vaterland?
>
> Ist unser Vaterland dort, wo die Scholle, die der Kleinbauer beackert, dem Krautjunker gehört?

144 LAS 301-4548/2, Staatl. Grenzkommissariat Flensburg Tgb.Nr. I a 89/27, Pol.B Wilster v. 28.3.1927.
145 LAS 301-4548/8A, Tgb.Nr. II Geh. 22/28, Flensburg, 18.4.1928; LAS 301-4548/8B, I-Nr. IPP 488.6, Pol.B Grimpe, Schleswig, 25.4.1928: „Dem dänischen Führer die Hand reichend, erklärte Radusch dann, daß trotz Grenzen einmal der Tag kommen wird, an dem sich die Proletarier aller Länder die Hand reichen werden."
146 Vgl. dazu Oskar Negt u. Alexander Kluge, 1972; Hartmann Wunderer, 1980, S. 16ff.
147 StaHB 4,65-1290/18, Pol.LB Nr. 11 Kruse v. 18.6.1927.
148 HVZ v. 9.7.1927, 2. Beilage zu Nr. 158.
149 HVZ v. 23.7.1927, S. 1, „Rot Front".
150 Z.B. i.d. HVZ v. 11.10.1927, S. 5: „Die Sowjetunion ist das Vaterland der Arbeiter!".

Ist unser Vaterland dort, wo die Häuser, in denen die Arbeiter wohnen, Besitz der Hypothekenbanken und Terrainspekulanten sind? Ist unser Vaterland dort, wo die ganze Wirtschaft in der Hand einiger privatkapitalistischer Trusts vereinigt ist? Oder ist unser Vaterland nicht vielmehr dort, wo den Schaffenden der Boden, den sie bebauen, die Häuser, in denen sie wohnen, die Fabriken, in denen sie arbeiten, die Schiffe, die sie erbauen, auch gehören? Jawohl, dort wo der Sozialismus Wirklichkeit wird, dort in

Sowjetrußland ist unser Vaterland,

das wir mit Klauen und Zähnen zu verteidigen bereit sind."[151]

Doch nicht nur bei den Feiern trat der Begriff *Vaterland* verstärkt in Erscheinung. In der Werbung für das 2. Gautreffen der RJ in Kiel wurde im Oktober 1928 argumentiert, daß der „Faschismus und auch das Reichsbanner versuchen", die Arbeiterschaft für den Schutz und die Verteidigung des „Vaterlandes" zu begeistern.[152] In Anlehnung an Karl Marx' These, „Die Ausgebeuteten kennen kein Vaterland!", wurde durch eine simple Umdrehung versucht, die seit über einem Jahr propagierte Behauptung auf theoretische Füße zu stellen:

„Eben weil wir in Deutschland und allen anderen kapitalistischen Staaten nicht unser Vaterland sehen, deshalb nehmen wir den Kampf auf gegen jene Phraseure, die der Arbeiterschaft das kapitalistische, Vaterland' schmackhaft machen wollen.

Wir kennen nur ein Vaterland: Sowjetrußland, das Vaterland aller Werktätigen! [gesp.] Weil es das Vaterland des internationalen Proletariats ist, bekämpfen die kapitalistischen ‚Vaterländer' das wirkliche Vaterland Sowjetrußland."[153]

Die Umformung der UdSSR zum *Vaterland* stand, wie erwähnt, besonders mit der versuchten Aufstellung einer internationalen Roten Armee im Zusammenhang.[154] Erste diesbezügliche Gedanken hatte Willy Leows Beitrag bereits im Juni 1927 geäußert, als er „mit Befriedigung und Genugtuung" konstatiert hatte, daß „in der Tschechoslowakei, Schweiz, in Belgien, Frankreich antifaschistische Abwehrorganisationen vorhanden" seien, und zum ersten Male „auch Delegationen dieser ausländischen Bruderorganisation in Berlin mitmarschieren" würden[155] (s. auch Kap. 3.1.4). Rückblickend auf das Reichstreffen 1927 erkannte die HVZ den „Höhepunkt" der Veranstaltung in der Vereidigung der „Massen", die „mit erhobener Faust" das Kampfgelöbnis sprachen:

„Stets und immer zum Kampf in der Roten Front, zur Verteidigung des ersten Arbeiterstaates der Welt bereit zu sein!"[156]

Zur *antimilitaristischen Woche der RJ* 1928, die vom 4. bis 12. August im ganzen Reich stattfand, macht die BF die Konsequenz der veränderten Politik deutlich. Über den politischen Inhalt der Aktion stellte sie unter Punkt vier fest, daß sie „im Falle eines Krieges den Weg der russischen Arbeiter beschreiten werden", das bedeute die Verwirklichung der Losung Lenins:

„Bürgerkrieg dem imperialistischen Kriege".[157]

Aus diesem Grund stehe „im Mittelpunkt" der Antikriegsarbeit die Losung: „Verteidigung der Sowjetunion, des sozialistischen Vaterlandes der Werktätigen der ganzen Welt" und der „Schutz

151 HVZ v. 23.7.1927, S. 1; ähnlich äußerte sich das Mitglied des ZK der KPD Rosenbaum am 11.9.1927 anläßlich des 13. Jugendtages auf dem Spielplatz Nordstraße in Bremen (StaHB 4,65-1290/45, Bl. 97ff, Pol.B v. 12.9.1927) und die HVZ v. 11.10.1927, S. 5.
152 HVZ v. 20.10.1928, S. 4.
153 Ebd.
154 Vgl. z.B. die Bemerkungen von Sawadzki im Januar 1928, Kap. 3.3.4.
155 HVZ v. 4.6.1927, S. 6, „Der Rote Frontkämpfer-Bund Deutschlands. Von der Gründung bis zum 3. Reichstreffen".
156 HVZ v. 26.5.1928, S. 3.
157 *Arbeitsplan für die antimilitaristische Woche der RJ vom 4.-12. August*, Berlin, 11.7.1928, S. 2.

der Sowjetunion und Krieg dem imperialistischen Kriege".[158] In der Agitation sollte immer wieder betont werden, daß „die jungen Arbeiter keine Ursache" hätten „ihr deutsches kapitalistisches Vaterland" zu verteidigen:

> „Erst wenn in Deutschland die Bourgeoisie niedergerungen und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet ist, können wir von einem Vaterland reden, und dann werden wir auch Gut, Blut und Leben für die Verteidigung dieses, unseres proletarischen Vaterlandes einsetzen. Heute ist es die sozialistische Sowjetunion, die wir als unser Vaterland bezeichnen müssen."[159]

In die Suche nach Heimat und Identität dürfte auch ein Phänomen andere Art einzuordnen sein, Nämlich jenes, daß Teile des „Vaterlandes vor der Tür" im ideologischen Sinne für sich zu verändern suchte. Die bundinternen Umbenennungen von Straßen und Plätzen, die 1928 in Hamburg stattgefunden haben, dokumentieren eine verbale Vereinnahmung fern von den Direktiven ihrer Führung (Vgl. Hinze, Die Schalmei).

Zum Antikriegstag, der in Hamburg zusammen mit dem Norddeutschen Treffen veranstaltet wurde, wurden ebenso mahnende („Die Toten von Wien leben in uns!") wie tröstende Plakate zitiert („Nur Barrikaden schützen die Sowjetunion! Rote Werften bauen neue Potemkins!").[160] Außer dem sich in jener Phase zunehmend etablierenden russischen Film hielt - erst nur zu den Geburtstagsfeierlichkeiten – die russische Musik langsam Einzug in die Agitation von KPD und RFB.[161]

Es war in dieser Phase nur folgerichtig, daß ein anderer „alter" Begriff wieder zu neuem Leben erweckt wurde. Zum 1. Mai 1928 wurde das *Weltproletariat* wieder in die Propaganda einbezogen. Es habe sich mit „fremdsprachigen Plakaten" in Gestalt von russischen, französischen, englischen, skandinavischen und spanischen Seeleuten an dem kommunistischen Aufmarsch beteiligt.[162] Die 1924/25 noch selten benutzten Begriffe *Weltproletariat* oder *Weltrevolution* waren 1928/29 im wesentlichen auf den „1.-Mai-Weltfeiertag" bezogen.[163] Im Februar 1929 fand die Führertagung des RFB Wasserkante noch unter dem Titel „Rote Mobilmachung zum Internationalen Treffen" statt, auf der sich die Teilnehmer „spontan erhoben" und „die *Internationale* als Ausdruck brüderlicher Verbundenheit mit den ausländischen Kameraden" sangen.[164] Im Dezember wurde die „Internationale Waffenbrüderschaft" gepriesen und im Februar 1931 ließ man „die Armee des Weltproletariats" hoch leben.[165] Zwei Tage später wurde über „Straßenkämpfe in Chikago", einen neuen „Bürgerkrieg in China" und dem Marsch von „jungen Antifaschisten […] trotz Schönfelder-Verbot"[166] in Hamburg Barmbek berichtet und die Rote Armee von Hamburgs Proletariat gegrüßt, wobei auch von ihrem Schwur „bis zum endgültigen Siege" über „die Weltbourgeoisie"[167] berichtet wurde. Am 28. Februar rief die HVZ die „Weltarmee der Arbeitslosen" auf, sich zum 6. März, dem „internationalen Kampftag", zu

158 Ebd.
159 Ebd., S. 4.
160 HVZ v. 25.7.1927, S. 1, „Gewaltiger Aufmarsch der Roten Front".
161 Zur Revolutionskundgebung von Harvestehude und Eimsbüttel-Süd wurden z.B. russische Tänze von der Musikvereinigung Soermus angekündigt (HVZ v. 10.11.1927, S. 3).
162 HVZ v. 2.5.1928, S. 1.
163 „1. Mai-Weltfeiertag" ist der Titel des Filmes, der sich mit den Berliner Maiereignissen befaßt. Eine Filmvorführung fand z.B. am 29.9.1929 anläßlich der Werbekundgebung „Fünf Jahre Rote Hilfe Deutschlands" statt (HVZ v. 26.9.1929, S. 3).
164 HVZ v. 27.2.1929, S. 5.
165 HVZ v. 22.2.1930, S. 1.
166 HVZ v. 24.2.1930, S. 1.
167 HVZ v. 24.2.1930, S. 2.

rüsten.[168] Im August 1930 folgte u.a. noch das 2. Kinderwelttreffen in Berlin,[169] im November 1931 die „Fahrt in den Weltoktober“ und als letztes Beispiel dieser Art sei die Schlagzeile der HVZ vom 10. Januar 1933 auf der Titelseite genannt, in der es hieß: „Der Führer des Weltproletariats spricht!“. Berichtet wurde über eine „bedeutsame Rede des Genossen Stalin zum Abschluß des ersten und Beginn des zweiten Fünfjahresplans“.

In einem Beitrag der HVZ wurde im September 1928 die Notwendigkeit der *Roten Armee* ebenso wie die einer internationalen begründet, um somit gleichzeitig dem Vorwurf, einen Roten Militarismus zu praktizieren, zu entgegnen.

> „Panzerkreuzer unterm Sowjetstern!
> […] In der Roten Armee verkörpert sich die für die gegenwärtige Situation spezifische Form der Bewaffnung des Proletariats und der Werktätigen! Ohne Rote Armee wäre die Revolution 1918-1920 den Angriffen der Weißen, der internationalen Konterrevolution erlegen! Ohne Rote Armee könnte die USSR. sich selbst nicht behaupten und noch weniger ihre Politik des Kampfes gegen die Kriegspolitik der Imperialisten durchführen. […]
> Die Sowjetmacht hat sich jedoch nie allein auf die Rote Armee, auf den revolutionären Heroismus der russischen Arbeiter und Bauern verlassen, - sie wußte, daß ohne die Unterstützung des internationalen Proletariats auch die Rote Armee nicht imstande sein wird, der Front des Weltimperialismus zu widerstehen. In der Verteidigung der Sowjetunion steht der Faktor ‚internationales Proletariat‘ mit an erster Stelle!“[170]

Ab 1929 verstärkte sich die Nutzung des Begriffs „Internationalismus“ nicht nur, sondern nahm geradezu inflationäre Tendenz an - wie eine kleine Auswahl aus den Schlagzeilen der HVZ verdeutlicht:

27.02.1929	Rote Mobilmachung zum Internationalen Treffen
13.04.1929	Rote Marine auf dem Posten (4. Werbekundgebung für das Internationale Treffen)
06.06.1929	Rüstet zum Internationalen Roten Tag am 1. August
06.06.1929	Internationales Treffen gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion
06.07.1929	Riesige Kundgebung für Verteidigung der Sowjetunion
27.07.1929	Internationale Front zur Verteidigung der USSR. Heraus zum roten Grenztreffen in Flensburg am Sonntag, den 28. Juli

4.2.2.2

Die Beispiele zeigen die veränderte Wortwahl. Aus dem *Reichstreffen* war das „Internationale Treffen“ und aus der Antikriegskundgebung am 1. August war der „Internationale Rote Tag“ geworden. Während die Bezeichnung *Internationales Hafenbüro* für den Treffpunkt der Seeleute naheliegend war und auch ein „Internationales Massenmeeting“ in diesen Kreisen nicht verwundert, so sind die gleichen Betitelungen für Veranstaltungen anderer Organisationen eher befremdlich.

13.04.1929	Rote Marine auf den Posten: eine 12 Mann starke norwegische Delegation
01.08.1929	Internationaler Roter Tag: Chiang Sching
10.12.1929	2 Jahre Kantoner Aufstand: chinesischer Genosse
02.08.1930	Rote Bataillone beherrschen die Straße: Schweizer, Dänen, Engländer, Mongolen, Norweger (2. Kinderwelttreffen: „Mongolenkinder in Hamburg“)
04.08.1930	Kampfaufmarsch an der deutsch-dänischen Grenze: Dänischer Genosse

168 HVZ v. 28.2.1930, S. 4; s. auch HVZ v. 5.3.1930, S. 1.
169 HVZ v. 2.8.1930, S. 1.
170 HVZ v. 22.9.1928, S. 7, „Panzerkreuzer unterm Sowjetstern!“.

15.06.1931	Solidaritätstag der IAH: Je ein „afrikanischer Neger“, „englischer“ und „chinesischer Genosse“
19.02.1932	Internationales Massenmeeting: Vertreter der japanischen und chinesischen Partei

Die propagandistische Zuspitzung der Wortwahl ab 1929 betraf vor allen Dingen auch die Werbung für Rußland bzw. die Sowjetunion. Die ständig wiederkehrenden Skandierungen „Verteidigt die Sowjetunion“ oder „Krieg dem imperialistischen Krieg“ bzw. deren Varianten wurden besonders von zwei Phänomenen begleitet. Einerseits brachte die Parteipresse eine Vielzahl von Berichten aus und über Rußland - die nicht selten im Sinne eines Wettbewerbs den sozialistischen Staat siegen ließen (HVZ v. 7.11.1929: „Aufschwung in der USSR – Zerfall in Deutschland“ oder HVZ v. 29.6.1931: „Sowjetregierung bringt Arbeit und Brot, Brüning-Regierung Hunger und Not!“) – und andererseits trat im agitatorischen Umfeld der Partei eine wahre Rußland-Euphorie ein, die sich bereits zum Ende des Jahres 1928 andeutete, als verstärkt Bücher, Wandschmuck (z.B. Bild von Lenin), Spielzeug mit russischen Motiven oder aus russischer Herkunft und Platten (z.B. „Budjonnyplatte“) auf den Markt kamen (s. Kap. 4.3.2.6). Im September 1929 rief das *Arbeiter-Balalaika-Orchester „Wolgaklänge“* mit seinem Dirigenten Arth. Kleemann interessierte Mandolinenspieler mit Notenkenntnissen zur Teilnahme auf.[171] Das Orchester wollte „ein Volksorchester“ werden und „zur Hebung der russischen Volksmusik“ beitragen. Ein *Bund der Freunde der Sowjetunion* begann, Veranstaltungen zu organisieren, und ein „Verein zur Pflege der russischen Sprache“ tagte spätestens seit 1930 bei Winkler in der Osterbekstraße 69.[172] Ein Streichorchester der Proletarischen Freidenkerjugend nannte sich nach dem russischen Geiger *Soermus*.

Abb. 2 Aus: „5 Jahre R.F.B.“, S. 14.

Ab November 1931 wurde auch das seit rund zwei Jahren stärker beachtete neue Medium Radio gezielter in die Propaganda eingebunden. Mit Genuß breitete die HVZ eine Notiz aus der „Norag“-Ausgabe Nr. 48[173] aus, nahm deren negative Kritik, um sie – so wie sie war – positiv umzubewehrten und behauptete „Das ist Kultur-Bolschewismus!“[174]:

> „Kleine Funkübersicht
>
> Die Sowjetunion teilt mit, daß Rußland zurzeit über 55 Rundfunkstationen verfügt. Die Zahl der Rundfunkhörer kann nicht festgestellt werden, da die russische Regierung weder eine Rundfunkgebühr erhebt, noch eine Anmeldung der Empfangsgeräte verlangt.“

171 HVZ v. 26.9.1929, S. 3. Vgl. Kap. 5.2.
172 HVZ v. 21.10.1930, S. 4.
173 NORAG = Nordische Rundfunk Aktiengesellschaft.
174 HVZ v. 11.12.1931, S. 3.

Russisch-tscherkessisches Balalaika Orchester

spielt am Sonntag, den 4. August
abends 7 Uhr im Gasth. „Löwen"

ANTIKRIEGS KUNDGEBUNG

Ansprache: Stadtrat Schubert, Zwickau

KONZERT-PROGRAMM

Erster Teil

1. Russischer Marsch . . . . . .
2. Wolgalieder-Potpourri . . . . . .
3. Sibirische Weisen, Volksmotive . . . . . .
4. Russische Lieder, Potpourri . . . . . .
5. Ukrainische Volksweisen . . . . . .
6. Kaukasisches Lieder-Potpourri . . . . . .
   Asiatische Volksmotive
7. Sibirischer Marsch . . . . . .

● 15 MINUTEN PAUSE

ZWEITER TEIL

Ansprache . . . . . .

Inszenierung: Volksleben in Rußland

1. Schicksal politischer Gefangener in Sibirien . . . .
   a) Mißhandlung der Gefangenen
   b) Aufstand . . . . . } spielt 1917 . . .
   c) Sieg der Aufständischen . . . .
2. Musikalischer Sketch, Humor . . . . . .
3. Automatische Musik-Kapelle, humoristische Szene
4. Russisches Dorfleben, Tänze . . . . . .
   Heitere Szene aus dem Leben des russischen Volkes

Eintrittspreis 80 Pfg.
Für Erwerbslose und Invaliden 60 Pfg.

„Peuvag" Berlin, Druckereifiliale Chemnitz

Abb. 3 Konzertprogramm des Russisch-tscherkessischen Balalaika Orchesters (IML I 2/8/81).

4.2.2.2

Am Abend des 10. November wurde in Altona vor einem Leninbild eine Übertragung aus Moskau mit Egon Erwin Kisch übertragen. Im Januar 1932 warb der Freie Radiobund Barmbek mit einer Ausstellung bei Thomsen (Alter Schützenhof 4) und zeigte „sämtliche Empfangs- und Verstärkergeräte, u.a. Kurzwellenempfänger für den Moskau-Empfang".[175] Diejenigen, die sich mit dem nötigen Gerät eingedeckt hatten, konnten daraufhin im Oktober des gleichen Jahres eine Rede des Genossen Eisenstein aus Moskau hören, der über „15 Jahre Sowjetunion" sprach.[176]

Hinsichtlich der Agitproptruppen ist interessant, daß der Erfolg der Moskauer Blauen Blusen genau in die Zeit fiel – Oktober 1927 -, in der die politische Wende und mit ihr die Zentrierung auf sogenannte internationalistische bzw. russische Themen begann.

Zum Verhältnis von Kommunisten und Juden sei eine Kuriosität am Rande erwähnt. Auf der Gaukonferenz Wasserkante im Juli 1925 erklärte Ochs, daß einem Kameraden aus Harvestehude nach seiner Anregung, einen jüdischen RFB mit RJ zu gründen, klargelegt worden sei, „daß eine Sonderung nach Konfessionen dem Grundgedanken des RFB wie auch den einfachen marxistischen Grundsätze zuwiderliefe".[177] Am 8. Februar 1931 vollzog dagegen ein Diskussionsredner beim *Kampfkongreß gegen den Faschismus* bei Sagebiel, der sich als „Vertreter des jüdischen Jungproletariats" vorstellte, den umgekehrten Schritt. Er erklärte, daß er im Namen der 201 Mitglieder starken Hamburger Organisation beauftragt sei, „die Mitgliedschaft zum Kampfbund gegen den Faschismus zu vollziehen". Bei seinen weiteren Ausführungen soll er eine Aufteilung in „ausbeutende Juden" und „ausgebeutete Juden" vorgenommen haben.[178]

---

175 HVZ v. 13.1.1932, S. 4.
176 HVZ v. 13.10.1932, S. 8.
177 StaHB 4,65-1295, Bl. 2f./1, Pol.LB Nr. 20 der Pol. Hamburg v. 18.8.1925, B.-Nr. 2241/25.
178 LAS 301-4549/23, Pol.B Will und Gabriel v. 8.2.1931.

Verbot - Zwischen Angst und Wirklichkeit

Die Angst vor einem Verbot des RFB war - aufgrund der Ereignisse des Jahres 1923 und des Verbots der *Proletarischen Hundertschaften* - bereits mit seiner Gründung angelegt gewesen. Schon in der Anfangsphase fragte ein Redakteur der *Hamburger Volkszeitung* ahnungsvoll: „Soll der Rote Frontkämpferbund verboten werden?".[179] Die politischen Differenzen zwischen Kommunisten bzw. RFB und den staatstragenden Parteien und Organen wurden aufgrund ihrer Heftigkeit zunehmend von der Möglichkeit eines erneuten Verbots überschattet. Diese kommunistische Angstvision stand bisweilen stellvertretend für eine politische Diskussion und nahm, zwischen Imagination und Realität schwankend, bisweilen pathologische Züge an - auch auf der anderen Seite. Darüber hinaus gehörten ‚kleinere' Repressionen zum Alltag der Weimarer Republik.[180]

Die 2. Reichskonferenz beschloß im Mai 1925 aus Sorge vor Spitzeln und Provokateuren die Schaffung eines eigenen Nachrichtendienstes.[181] Kurz nach dem I. Reichstreffen und der Kundgebung im Berliner Stadion Lichtenberg forderte am 12. Juni 1925 der deutschnationale Reichsinnenminister Schiele alle Landesregierungen auf, „die Frage der Auflösung des Roten Frontkämpferbundes und Roten Jungsturms einer Prüfung zu unterziehen".[182]

Auf der 3. Reichskonferenz 1926, die vom Legalitätskurs bestimmt war, ordneten die Berliner Rotfrontkämpfer Grundsätze über „Unsere Stellung zur Polizei" an.[183] Man wollte dem „Versuch, uns zu verbieten", entgegenwirken und „das Verhalten einzelner Kameraden" stärker reglementieren, um dem befürchteten und angedrohten Schicksal zu entgegen. So wurden einerseits eigene Demonstrationen der RJ verboten und andererseits u.a. bestimmt:

> „1. Beim Antreten Plätze ausserhalb des Strassenverkehrs wählen.
> 2. Beim Fackelzug dies ausdrücklich beim Einholen der Musikerlaubnis vermerken zu lassen. […]
> 4. Bei Umzügen vor Abmarsch mit dem Leiter des Kommandos der Schupo Rücksprache nehmen (Kurze und präzise Mitteilung). […]
> 7. Kameraden ausserhalb des Zuges, in Bundeskleidung, müssen sich einreihen, andernfalls zum Abt.-Lokal zurückkehren."[184]

Am 26. September 1926 hielten die Kieler Rotfrontkämpfer auf ihrer Fahrt mit dem LKW nach Schleswig in Eckernförde „vor dem Hause des Arbeiters Daniel Stöcken und musizierten dortselbst". Daß sie diesen Vorgang am Abend auf ihrer Rückreise wiederholten, stellte zu dem Zeitpunkt noch keinen Anlaß zum Einschreiten der Polizei dar. Bei der Morgentour aber handelte es sich um die „Kirchzeit".[185] Aus diesem Grund wurde gegen den Führer des Kieler Trupps, den Arbeiter Paul Schwabe,

> „aufgrund der §§ 11 und 17 der Polizei-Verordnung über die äussere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage vom 20. Februar 1896 eine polizeiliche Strafverfügung über den Betrag von 20 RM erlassen."[186]

---

179 HVZ vom 1.12.1924, S. 2. Anlaß war ein sogenannter 'Geheimerlaß' des Braunschweigischen Ministers des Innern „an sämtliche ihn unterstellte Polizeibehörden, Landjägerämter usw.", auf den RFB „aufmerksam zu achten", sowie die Einordnung des Kampfbundes als Fortsetzung der verbotenen *Proletarischen Hundertschaften*.

180 Vgl. Finker, S. 134, der in Anm. 45 auf Sta Potsdam, Rep. 2A, Nr. I/3717, I. Pol. 05207 verweist: Beobachtung von Sammeltätigkeit; ebenso Finker, S. 103f. zur Beschlagnahme einer Werbenummer der *Roten Front* durch das Amtsgericht Stuttgart.

181 Finker, S. 41.

182 Vgl. Finker, S. 36, Anm. 67, in der er sich auf IML, ZPA, St. 10/201 beruft.

183 GL Berlin-Brandenburg: *Arbeitsplan für April und Mai 1926*, v. 29.3.1926.

184 Ebd.

185 LAS 309-22703/12, Pol.B Voges (Polizei-Sekretär) v. 27.9.1926.

In der frühen Phase des RFB waren deren Mitglieder meist erst nach Drohungen zur Beachtung der Kirchzeit bereit. Im Stellinger Moor soll eine Hamburger Ortsgruppe „fast jeden Sonntag ihre Exerzitien“ abgehalten haben, so z.B. am Totensonntag, den 5. Dezember 1926 „in größerem Umfange“. Nachdem der Polizeibeamte „dem Führer das Musizieren untersagt“ und „im Wiederholungsfalle mit einer Anzeige gedroht“ hatte, wurde seiner Aufforderung „sofort Folge geleistet“.[187] Als 1927 erneut Strafen verhängt wurden, zeigten sich die Roten Frontkämpfer vorübergehend wieder kompromißbereit.[188] Das 3. Untergautreffen wurde z.B. aufgrund des Palmsonntags vom 1. auf den 15. April verschoben.[189]

Bereits am 25. August 1926 wurde die Verbotsangst durch die Auflösung der oberschlesischen Ortsgruppe Hindenburg (heute: Zabrze) neu geschürt.[190] Während und nach der Bildung der zweiten Bürgerblockregierung am 28. Januar 1927 mit dem Kanzler Wilhelm Marx[191] kam es zu Kämpfen, die der RFB einerseits mit dem Reichsbanner und andererseits mit dem *Stahlhelm* führte. Daraus resultierten eine Reihe von Prozessen gegen Rote Frontkämpfer, Jungfrontler und Reichsbannermitglieder (u.a. auch in Altona).[192] Als nach einem Waffenfund bei einigen RFB-Mitgliedern in Dortmund im Juni 1927 die dortige Ortsgruppe verboten worden war,[193] befürchtete André, daß der gesamte Bund „in allernächster Zeit verboten“ würde. Die von ihm benutzte Formel, „der Bund lasse sich aber nicht verbieten“, wurde in der Propaganda zunehmend wichtiger.[194] Für André waren die Hunderttausende, die erst kürzlich in Berlin aufmarschiert seien, die Legitimation für diese Behauptung. Er gewann dem Verbot sogar Positives ab, so würden die „Flauen gesiebt“ und die Rote Front „trotz alledem fester stehen denn je“. Das befürchtete Verbot verstärkte das konspirative Verhalten. André warnt die Anwesenden, nicht privat über Versammlungen, Resolutionen und Diskussionen zu sprechen, da dadurch Verrat geübt werde.[195]

Aufgrund einer Schlägerei mit Stahlhelmleuten nach dem *Roten Tag* in Wittenberge am 8./9. Oktober 1927 wurde die dortige Ortsgruppe verboten.[196] Der erste große Angriff gegen den RFB begann, nachdem die Rückbesinnung auf die *Einheitsfront von unten* praktiziert worden war. Während des Wahlkampfes im April 1928 forderte der Innenminister von Keudell die Länderregierungen auf, den RFB zu verbieten.[197] Allerdings erhoben daraufhin 16 der 18 Länderregierungen beim 4. Strafsenat des Reichsgerichts Einspruch (nur Bayern und Württemberg nicht), und der entschied am 2. Mai, daß ein allgemeines Verbot des RFB nicht ausreichend zu begründen sei.[198]

---

186 LAS 301-4547/51, Pol.B Nr. 5133.L., Eckernförde, 2.12.1926. Dort heißt es weiter: Schwabe kannte die „übrigen Schuldigen, die an der Musikaufführung beteiligt waren angeblich nicht“.

187 LAS 301-4547/52, Tgb.Nr. 4/26Geh., Polizeiwache Stellingen, 5.12.1926.

188 LAS 309-22703/16, L.A. 2345, Pol.B Schönberg, St. Georgsberg, 29.4.1927. Danach wurde eine anläßlich des *Roten Tages* in Mölln am 26./27.3.1927 aus Bad Oldesloe kommende Gruppe, die „während des Hauptgottesdienstes in der Nähe der Kirche gespielt“ hatte, „auf Grund der Polizeiverordnung vom 29.II. 1896 bestraft“.

189 LAS 301-4548/5, Tgb.Nr. II G. 19/28, Pol.B Flensburg, 26.3.1928.

190 Finker, S. 103f.

191 Ebd., S. 119.

192 Ebd., S. 120.

193 Finker, S. 141.

194 LAS 301-4548, Tgb.Nr. II Geh. 42/27, Pol.B v. 1.7.1927.

195 Ebd.

196 Finker, S. 148.

197 Ebd., S. 156.

198 Ebd., S. 157, Anm. 93: Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten, Bd. II/1928, Ausgabe 1934, S. 62. S. auch ZSta,

Am Beginn einer Kette von Ereignissen, die später zum tatsächlichen Verbot führten, stand die Erschießung eines Stahlhelmers durch unbekannte Täter am 22. Februar 1929 in Berlin Pankow. Der preußische Innenminister Grzesinski forderte einen Monat später alle Polizeibehörden zur entschlossenen Bekämpfung aller „radikalen Organisationen“ auf.[199] Eine erste entscheidende Maßnahme war das Verbot des V. Reichstreffens im April 1929 durch den Hamburger Senat. Die darauf folgende 1. Mai-Demonstration führte in Berlin zu heftigen Kämpfen zwischen RFB-Sympathisanten und der Polizei, die drei Tage andauerten und 31 Tote forderten, 194 Personen wurden verletzt und über 1000 verhaftet.[200] Nachdem bereits mehrere kommunistische Zeitungen verboten waren, verbot der preußische Innenminister Grzesinski am 3. Mai den RFB und die RJ für das Land Preußen, und 3 Tage später folgte der Reichsinnenminister Severing mit einem generellen Verbot beider Organisationen für ganz Deutschland. Nachdem auch die anfänglich zögernden Länderregierungen wie Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig oder Lübeck ihre Haltung aufgegeben hatten, war der RFB am 14. Mai 1929 im gesamten Reichsgebiet verboten (dazu gehörten nicht das Saargebiet und Danzig).[201]

In den Morgenstunden des 6. Mai fanden die ersten polizeilichen Durchsuchungen statt, bei denen neben Ausweisen, Stempeln, Druckschriften und Sammellisten auch Armbinden und Abzeichen beschlagnahmt wurden.[202]

Die Bundesführung des RFB hatte bereits seit Ende 1928 nicht mehr nur vor einem drohenden Verbot gewarnt, sondern z.B. bereits „illegale Wohnungen“ beschafft.[203] Später wurden die Funktionäre angewiesen, keine schriftlichen Unterlagen oder Gegenstände in ihren Wohnungen aufzubewahren, und sogar Tarnkonten wurden eingerichtet. Die vorzeitigen Warnungen des RFB waren offensichtlich von den Mitgliedern beachtet worden. So notierte die Politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums in ihrem Bericht an das Preußische Innenministerium vom 25. Mai 1929:

> „Die nunmehr beendete Sichtung der in Durchführung der Verfügung vom 3.5.1929, betreffend Auflösung des Roten Frontkämpferbundes, beschlagnahmten Sachen hat den Beweis dafür erbracht, daß der RFB - jedenfalls soweit die Bundesführung und der Gau Berlin in Frage kommen - von der Auflösung nicht überrascht worden ist und daß der RFB alles irgendwie wichtige Material rechtzeitig beiseite geschafft hat“.[204]

Die Ängste und Vorsichtsmaßnahmen der BF bestätigten sich nach dem Verbot. Bis zum Herbst 1929 wurden laut Finker über 1000 Rote Frontkämpfer verhaftet und 300 davon bei den folgenden 50 Prozessen zu Freiheitsstrafen verurteilt.[205]

Reichsministerium des Innern, Nr. 25645, Bl. 92f. Das Urteil wirkte lt. Finker wie ein Startzeichen für den Aufbau des RFB in Bayern.

199 Finker, S. 199.
200 Nach Finker, S. 201.
201 Finker, S. 204.
202 Ebd., S. 205, Anm.4: S IML, ZPA, 22/123.
203 Nach Finker, S. 200.
204 Finker, S. 205, Anm. 6.
205 Ebd., S. 208.

„Sie provozieren uns ja!“ - vom illegalen Souverän

Die Gefühlslage der Roten Frontkämpfer befand sich des öfteren in dem Spannungsverhältnis zwischen Verbotsangst und der Sehnsucht nach Teilhabe an der Souveränität einer legalen *Roten Armee*. Während es in der Legalitätsphase des Einheitsfrontversuchs von 1925 bis 1927 hauptsächlich die kommunistischen Medien waren, die den staatlichen Ordnungsbehörden Provokationen vorwarfen, hatten die es die Kameradschaftsführer häufig schwer ihre Leute von dem eigenen politischen Kurs zu überzeugen, und sich zurückhaltend zu verhalten.

Die wirklichen oder vermeintlichen „Provokationen“ der politischen Gegner hatten natürlich eine andere Gewichtung als vergleichbare eigene Aktionen. So war das Gerücht, das in Bremen in der Anfangsphase kolportiert wurde – die Sozialdemokraten würden den RFB zum bewaffneten Kampf provozieren wollen – genauso strategischer Natur gewesen, wie jenes in Berlin-Brandenburg, das den „faschistischen Organisationen“ den gleichen Vorwurf machte (s.o.). Beide Beispiele waren in erster Linie für die Disziplinierung der eigenen Leute vorgesehen. Anders verhielt es sich im August 1926 beim *Roten Tag* Reinbeck – also, bei einer Landpropaganda, was vielfach soviel hieß wie: „im Gebiet des Gegners“. Bei jener Agitation war es „ein Faschist, der unter dem Schutz eines Landjägers mit Karabiner durch sein Erscheinen zu provozieren versuchte“.[206] Hinter einem derartigen Vorfall mußte sich notgedrungen etwas anderes verbergen. Er gehörte in die Kategorie des Kampfes um die Beherrschung der Straße. In die gleiche Kategorie, allerdings mit einem anderem Hintergrund, gehörten die beispielhaft genannten Vorfälle, die seit der Jahreswende 1927/28 stattfanden. Seit jenem Zeitpunkt scheinen viele Rote Frontkämpfer geglaubt zu haben, daß das letzte Gefecht kurz bevor stünde. Während Beckers Warnung im Januar 1928, daß die Polizeibeamten der Bremer Polizeiwache Nordstraße die Anweisung erhalten hätten bei der zu erwartenden Veranstaltung „provozierend aufzutreten und das Spielverbot bis 12.00 Uhr mittags auszudehnen“[207] überwiegend strategisch bestimmt war, zeigte der drastische Ton im März in Flensburg, daß die Ziele aggressiverer Natur waren.

Die gegnerischen Aufmärsche wurden grundsätzlich als Provokation empfunden, so vor allen Dingen jene des *Stahlhelm*. Auf der 5. Reichskonferenz betonte Etkar André, daß die „Faschisten die Frechheit“ besäßen am 31. März in der Hansestadt „in einer so provozierenden Weise“ aufzutreten und man ihnen „die rote Faust unter die Nase“ halten müsse.[208]

Bezeichnend für die Situation im März 1929 - als in der Provinz Schleswig-Holstein bereits Umzüge aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen RFB und Nationalsozialisten insbesondere der in Wöhrden am 7. des Monats verboten waren[208a] - war die Unterbindung einer Demonstration in Neumünster acht Tage später. Der Disput zwischen den Roten Frontkämpfern Timm und Weisig untereinander und mit den Polizeibeamten und der Versuch einen Demonstrationszug durchzuführen und ohne das Gesicht zu verlieren, diesen auch zu Ende zu führen (s. Kap. 3.2.1.4). Dieser Vorfall verdeutlicht den friedlicheren Aspekt der Skandierung von RFB und KPD, die sich auch im Lied wiederfindet: „Das ist der Rote Frontkämpferbund, der sich nicht verbieten läßt“. Sie beinhaltet die ganze Ablehnung des Staates und dessen Rechtssystem sowie das Bewußtsein eigentlich selbst der Souverän zu sein.

Auch als es anläßlich des Gautreffens des RFMB am 17. August 1930 in Elmshorn zu einer Schlägerei mit Nationalsozialisten kam, wurde der zwischen den Fronten stehenden Polizei von

---

206 HVZ Nr. 184, v. 9. u. 10.8.1926; s. auch Kap. 4.2.1.2.
207 StaHB 4,65-1291/12, Bl. 13-17, Pol.B Kunze v. 17.1.1928; s. auch Kap. 4.2.2.4.
208 LAS 301-4548/6A, Abt. I, Pol.B, Altona 29.3.1928, S. 3.
208a Siehe W. Hinze, Die Schalmei.

dem Roten Frontkämpfer Wilhelm Werbitzki vorgeworfen: „Sie provozieren uns ja".[209] Als die KPD am darauffolgenden Tag in Wöhrden, das im März des Jahres Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen zwischen KPD und RFB auf der einen, sowie NSDAP auf der anderen Seite geworden war, ihre Fahnenweihe beging, wurde ein großes Polizeiaufgebot zusammengezogen. Die HVZ wartete daraufhin am 19. August mit der Schlagzeile auf: „Schwerbewaffnete Polizei provoziert in Wöhrden".[210] Der Vorwurf, der sich bei den sich zunehmend verschärfenden Auseinandersetzungen inflationär häufte, galt analog zum Faschismusverständnis allen anderen Richtungen, ob es beim „Aufmarsch der roten Front im Kampfgebiet von Schiffbek und Kirchsteinbek" am 26. Oktober 1930 „Polizeiprovokationen" waren,[211] oder ob es am gleichen Tag in Geesthacht um wirklich oder vermeintliche „Provokationen der Parteilosen Metz und Sech" handelte.[212]

Ehrenkodex zwischen militärischen und bürgerlichen Wertvorstellungen

Das geschilderte kameradschaftliche und politische Selbstverständnis der Roten Frontkämpfer wurde um moralische Vorstellungen aus Tradition unterschiedliche Gruppen ergänzt. So offenbart ein Mitgliedsbuch aus den Jahren 1925/26 Wert- und Verhaltensmaßstäbe aus der Pfadfinder und Jugendbewegung jener Zeit. Danach mußte der Rote Frontkämpfer

> „immer so handeln, dass durch sein Verhalten das Ansehen der Roten Klassenfront nicht geschädigt oder geschwächt wird. Er spielt nicht, betrinkt sich nicht, stählt seinen Körper, ist diszipliniert. Er ist Arbeitern und Unterdrückten ein stets hilfreicher Freund und allen Bedrückern und Klassengegnern ein unversöhnlicher Feind."[213]

Außerdem hatte der Rote Frontkämpfer „jede Gemeinschaft mit Verrätern proletarischer Klasseninteressen" zu brechen. So sollte jeder, „der bewusst proletarische Klasseninteressen materiell oder politisch schädigt," als „Sträfling aus den Reihen der Roten Frontkämpfer" ausscheiden. „Es ist der grösste Schimpf, der einen Proletarier treffen kann." Als ständige Mahnung wurde im Mitgliedsbuch noch der folgende Vierzeiler vermerkt, der grundsätzlich sektiererisch unterstellte, daß der Rote Frontkämpfer nie genug tun könnte und in wilhelminischer Opferbereitschaft das Sterben forderte (s. Kap. 3.1.2).[214] Im gleichen Tenor waren die „Grundregeln des RFB-Kameraden" im Mitgliedsbuch gehalten. Da viele Rote Jungfrontler auch Mitglieder der KJ waren, galten für sie auch die *Zehn Gebote des Jungkommunisten,* die ihnen enge Verhaltensmaßregeln auferlegten, die Analogieschlüsse zu Sekten zulassen dürften. So sollte z.B. gegenüber fremden Organisationen und Gegnern „nur als ein geschlossenes Ganzes" aufgetreten werden und „Kritik und Differenzen in den eigenen Reihen" dabei unterbleiben.[215] Für den Fall, daß ein Mitglied verhaftet würde, wurde es gehalten vor der Polizei gegen „keine anderen Genossen belastende Aussagen" zu machen:

---

209 LAS 309-22723, Pol.B Sacks, Altona-Wandsbek; ebd. „Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung (§§ 115,223 Str.G.B.)"; s. auch Kap. 4.2.2.3).
210 HVZ v. 19.8.1929, S. 1.
211 HVZ v. 27.10.1930, S. 2.
212 Ebd., S. 5.
213 RFB Mitgliedsbuch, ca. 2/26, S. 16 (LAS 301-4546, Abschrift zu RKo. 1904/26 II).
214 Ebd.
215 *Zehn Gebote des Jungkommunisten,* Nr. 9, in: Mitgliedsbuch der KJ (LAS 309-22703/6).

„Ein Jungkommunist wird auch durch Polizeikniffe und Gewaltanwendung nicht zum Verräter an seinen Klassengenossen und seiner Organisation.“[216]

Um die *Roten Tage* zum erhofften Erfolg zu bringen, wurde 1926 in Programmheften mehrfach die Frage „Kamerad, was mußt du beachten?“ mahnend beantwortet.[217] Danach war der Rote Frontkämpfer „Soldat der Roten Klassenfront“ (1), der „jeden durch Abzeichen oder Bundeskleidung kenntlichen Kameraden unserer Organisation zu grüßen“ (2) hatte. Er mußte nicht nur „jedem in Not und Gefahr befindlichen Kameraden mit allen Mitteln helfen“, sondern auch „jeden Kameraden, der durch unkameradschaftliches Benehmen und unproletarisches Verhalten das Ansehen des Bundes, gleich, wo er sich befindet, schädigt, zurechtweisen und ihn auf sein schädigendes Verhalten aufmerksam machen“ (4). Bei Veranstaltungen des Bundes hatte er sich ebenso wie „in seinem Privatleben“ so zu verhalten, „daß das Ansehen und der Einfluß“ des RFB bei „unseren Klassenfreunden gefördert und gestärkt wird; unseren Klassenfeinden Achtung einflößt“ (5). Seine „persönlichen Ansprüche und Bedürfnisse“ hatte er „im Interesse der Gesamtorganisation“ zurückzustellen (7). Damit er nicht auf falsche Gedanken kam, wurde außerdem noch einmal gesagt, das „revolutionäre Disziplin“ kein „Kadavergehorsam“ sei, „sondern freiwillige Unterordnung im Interesse der Gesamtheit“ (8).

Ab 1927 kam der Übernahme der „Boy-Scout“-Methode bei den Führerlagern der RJ zu (s. Kap. 4.1.3).

Zwischen Eliten und Wanderburschen. Gedanken zum sozialen Selbstverständnis

Als die Reichszentrale der KPD am 13. Februar 1925 in einem Rundschreiben an ihre Bezirke als Zweck des RFB die „Zusammenfassung aller Elemente in eine große Massenorganisation“ definierte, die „auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, mit der Partei sympathisieren und die aus Verärgerung und Enttäuschung über die Entwicklung der Revolution aus politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen ausgetreten sind“,[218] waren darin keinerlei soziale Vorgaben oder Vorstellungen von unterschiedlichen Gruppen enthalten gewesen. Es hat sich aber sehr schnell gezeigt, daß neben einer großen Anzahl Jugendlicher auch viele Erwerbslose an dem RFB interessiert waren. Die Schwierigkeiten, die die Führung der Frontkämpfer mit den Jugendlichen hatte (s. Kap. 4.1.1) war analog auch bei den anderen sozialen Gruppen anzutreffen. Beispielhaft sollen drei Aspekte kurz erwähnt werden, die sich unter folgende Personenkreise subsumieren lassen: Arbeitslose, Wanderburschen und Eliten. Eine vierte Gruppe - die Betrüger – hatte offenbar reale wie Irreale Bezüge zu dem gesamten Problemfeld.

Bevor die Erwerbslosen ab ca. 1930 als besondere politische Kraft bzw. Thematik angesehen wurden (s. Kap. 3.2.4.6) bewegten sich die betroffenen Personen in einem Feld, das von tatsächlicher Solidarität bis hin zur Ausnutzung als billige Hilfskraft bestimmt war. Schon im September 1925 wurden die Ortsgruppen angehalten, das Werbematerial (in der Werbewoche für 1.600 Mk Druckschriften) bei Verzögerung mangels Arbeitskräften durch „arbeitslose Kameraden gegen ein kleines Entgeld“ verschicken zu lassen. Die „paar Mark“ würde die Gauleitung verauslagen

216 Mitgliedsbuch der KJ, Auszug (LAS 309-22703/6).
217 Programmheft zum *Roten Tag* des Flensburger RFB am 9./10.10.1926, S. 3 (LAS 301-4547/49C); Programmheft zum II. Reichstreffen (s. Kap. 3.1.3).
218 StaHB 4,65-1287/14, Reichsminister des Innern P. 3212 II.Ang. Zf.-Darstellung v. 12. u. 23.6.1925.

und die Bundesleitung zurückerstatten, da der „Schaden der durch den verspäteten Versand für die Bewegung erwächst“ größer sei.[219] Das gleiche wurde für das Falzen „und falls Ihr ein eigenes Flugblatt herausgebt“ zum einlegen desselben empfohlen. Wieviel den Arbeitslosen gezahlt wurde geht nicht aus den Akten hervor und somit natürlich auch nicht, ob die „Entlohnung“ den Betroffenen helfen konnte, zumindest die Uniform zu bezahlen. Eine „Bekanntmachung der Bundesleitung des RFB“ vom 16. Oktober 1925 in der AZ deutet eher daraufhin, daß eine Gegenleistung gen Null tendierte.

> „Die Ortsgruppen müssen arbeitslose Kameraden verpflichten, an wichtigen Verkehrspunkten und Bahnhöfen unsere Zeitung zu verkaufen.“[220]

Die häufigen Warnungen der BL lassen vermuten, daß der Betrag sehr klein gewesen sein muß. So mahnte die BL am 15. Dezember 1925 zum „wiederholten“ Mal „mit Lieferanten und Firmen keine Verträge betr. Lieferungen von Waren auf Abzahlung einzugehen“ und verband dieses mit den Sorgen um die Existenz des gesamten Bundes:

> „Bei der Arbeitslosigkeit der Mitglieder enden solche Geschichten mit der Pfändung, bzw. Exmission unserer Kameraden. - Es kommt dann so, daß durch das gerichtliche Vorgehen dieser Firmen unsere Ortsgruppen zerschlagen werden.“[221]

Ob die Vorstellungen des Bremer Hermann in der örtlichen Gründungsversammlung am 30. September 1924 propagandistisch gemeint waren, oder eigener Überzeugen resultierten, sie wurden jedenfalls von der Bundesleitung Lügen gestraft. Hermann hatte laut Polizeibericht seinerzeit über die von der KPD „beabsichtigte Errichtung eines ‘Roten Hauses’“ gesprochen, „in den sämtliche kommunistischen Organisationen Unterkommen finden“ sollten und da die Zentrale „nicht in der Lage“ sei, die für den Kauf des Hauses erforderlichen Summen zu zahlen, als „Ehrenpflicht eines jeden Genossen“ bezeichnet, „die zur Ausgabe gelangenden Sammelmarken für das ‘Rote Haus’ zu kaufen und umzusetzen“.[222]

> „Man werde auch in dem Roten Hause eine Unterkunftsstelle für wandernde und zugereiste Genossen, die nicht im Besitze einer Wohnung seinen, einrichten. Dies sei erforderlich, denn auf der Wanderschaft befindlichen Genossen sei im Gewerkschaftshaus von Gewerkschaftsführern auf ihre Bitte um Unterkunft gesagt worden, daß das Gewerkschaftshaus kein Platz für Pennbrüder und Herumlungerer sei.“

Im Juli 1925 trat die Bundesleitung dieser Vorstellung – zumindest teilweise - unter der Überschrift „Betrifft Reiseonkels im RFB“ entgegen. Mit der Begründung von Klagen aus Hamburg, Leipzig, Bremen, Halle und Thüringen u.a. Gauen über „Kameraden, die in Bundeskleidung die einzelnen Orte und Gaue bereisen und die Sympathie, die wir bei der Arbeiterschaft haben, mißbrauchen“, hieß es unmißverständlich:

> „Der RFB ist keine Wanderburschenorganisation“.[223]

Beispielhaft für „andere Gaue“ wurde Leipzig angeführt, wo „schon am 22. Juli Kameraden zugereist“ waren, „die am 2. August an dem Aufmarsch teilnehmen“ wollten.

> „Mit diesem Unfug muß aufgeräumt werden“.

Es sollte allen Ortsgruppen mitgeteilt werden, daß

---

219 BL-Rundschr. a.d. Gauleitungen v. 5.9.1925.
220 AZ Nr. 258 v. 16.10.1925.
221 BL-Rundschr. v. 15.12.1925, S. 6 (Thälmann, Leow und Olbrisch).
222 StaHB 4,65-1286, Bl. 28-31/2, N.-Stelle, B.Nr. 749/24, Pol.LB v. 2.10.1924 (A-1-gg. Polizeidirektion).
223 BL-Rundschr. 14/25 v. 27.7.1925.

„1. kein Kamerad abreisen darf ohne Ausweis der Gauleitung,
2. nicht aufgenommen werden darf ohne Ausweis,
3. Daß das Herumreisen auf der Landstraße in Bundeskleidung unzulässig ist,
4. daß solche Kameraden nicht unterstützt werden, wenn nicht die gesamt Organisation darunter leiden soll.“[224]

Einige Ortsgruppen sollen „solchen Kameraden Werbemarken zum Weiterverkauf übergeben“ haben, „deren Ertrag sie dann für sich verbrauchen konnten“.

„Das ist ein grober Unfug und gibt dieser Wanderei neue Nahrung.“

Die BL kündigte an, in der „gesamten Provinzpresse und in der nächsten Roten Front auf diesen Übelstand“ hinzuweisen und „vor Aufnahme solcher Herumreisenden“ zu warnen.[225]

In der folgenden Zeit kamen des öfteren Warnungen vor „Wanderern“ und „Betrügern“, deren inhaltliche Substanz schwerlich nachzuprüfen ist. Im September 1925 beispielsweise rief die BL zu „geeigneten Maßnahmen“ gegen Karl Bächler aus Frankfurt a/M auf, dem Unterschlagung vorgeworfen wurde und im Dezember meldete der Gau Wasserkante, daß „trotz aller Rundschreiben der Bundesleitung wiederum ein gewisser Paul Diehl, wohnhaft angeblich in Bremen, um Unterstützung nachgesucht“ habe. Immerhin sechs Bescheinigungen, die der Gescholtene bei sich trug zeigten, daß die Vorstellungen innerhalb der Organisation unterschiedlich waren:

26.10. OG Mengede, dort verpflegt worden,
28.10 OG Gelsenkirchen (Leiter der KJ, W. Kühne), dort verpflegt worden,
7.11. OG Gelsenkirchen RFB, dort ordnungsgemäß abgemeldet,
7.11 OG Wanne, dort ordnungsgemäß abgemeldete,
24.11. OG Groß-Hamm, dort a.d. Durchreise gemeldet,
3.12. Block Hessen (Gr.Hamm), vom 24.11.-3.12. dort einquartiert und verpflegt worden.

„Nochmals“ machte die Bundesleitung alle Ortsgruppen und Gauleiter „darauf aufmerksam, daß derartige Reisebedürfnisse einzelner Kameraden nicht auf Kosten des RFB befriedigt werden“ könnten.

„Wir sind keine Reiseorganisation, sondern haben andere Ziele“.[226]

Auf der 4. Reichskonferenz wurde ein Antrag des Gaus Schlesien nach Empfehlung der BF angenommen, der das „Wanderunwesen in unserer Organisation“ eindämmen sollte.[227] Es sollten „alle Kameraden, welche sich auf die Wanderschaft begeben, verpflichtet“ werden, „ihr Mitgliedsbuch bei der zuständigen Gauführung abzugeben“.

„Die Mitgliedschaft ruht während der Wanderschaft. Erst wenn der betr. Kamerad wieder einen festen Wohnsitz und sich einer Ortsgruppe angeschlossen hat, wird das Mitgliedsbuch durch die Gauführung der Ortsgruppe übersandt.[228]

Diese Maßnahme offenbart, daß es den RFB-Führern nicht nur um die Angst vor Mißbrauch ging, sondern ihnen ein Personenkreis wie die wandernden Handwerksgesellen als aktive Mitglieder zumindest suspekt erschienen. Die Überschaubarkeit der Organisation, die bis zur Überwachung der Mitglieder ging, hatte in Verbindung mit der Forderung nach absoluter Disziplin uneingeschränkt Vorrang. Ergänzt wurde dieses Sujet durch nicht näher erläuterte

224 Ebd.
225 Ebd.
226 BL-Rundschr. v. 15.12.1925.
227 4. RKonf., Anträge ‘Verschiedenes’ (Nr. 106), S. 25.
228 4. RKonf., Anträge ‘Verschiedenes’, S. 25.

Behauptungen über „Spitzel und Provokateure“ (s. Dok. 3).

Dok. 3 BL-Rundschr. 26/25 v. 24.10.1925

„Spitzel und Provokateure.
In dem Bemühen dem RFB Schwierigkeiten zu bereiten und Material zu einem Verbot zusammenzutragen ist man, wie wir an einem Fall konstatieren konnten, nicht gerade wählerisch. So haben wir die Beweise, daß man in drei Gauen versucht hat derartige Leute in unsere Organisation einzuschmuggeln, die für ihre Arbeit außerdem noch sehr gut bezahlt werden. Ihr habt wohl selbst zum größten Teil die Lügenberichte einiger bürgerlichen Blätter über den RFB gelesen. Diese Berichte sind meist das Produkt solcher Spitzel, die für ihr Judasgeld auch Material bringen wollen. Jetzt erst wieder haben einige solcher Burschen mit angehörigen faschistischer Verbände große Zechgelage veranstaltet und erklärt, daß dazu notwendige Geld sei ja von Moskau für den RFB eingegangen. […] Legt diesen Halunken ihr schmutziges Handwerk!“

Im Vorfeld zum II. Reichstreffen wurde das Problemfeld „Wanderer“ um eine zusätzliche Komponente erweitert. Im April 1926 warnte die BL vor „Fußtouren nach Berlin“.[229] Kameraden, die zu Fuß kämen, würden „grundsätzlich nicht untergebracht“. Die Erfahrung habe gelehrt, „daß diese Wanderer den Kameraden in Berlin noch wochenlang nach dem Reichstreffen auf der Tasche liegen, oder daß sie solange angeben, bis die Bundesleitung ihnen das Fahrgeld für die Rückfahrt schenkt“. Da mit dem Gedanken der kostenlosen Reise zum Reichstreffen besonders Arbeitslose gespielt haben dürften, hängte die BL die zusätzlich Belehrung an, daß keiner der Kameraden die Illusion haben dürfte in Berlin „irgendeine Arbeitsgelegenheit zu finden“. Zur weiteren Absicherung „vor sogenannten wilden Reichstreffenfahrern“ oder „wilden Latschern“ gab die BL bekannt, daß „nur solchen Kameraden Quartier gegeben wird, die in ihrem Mitgliedsbuch (S. 12) unter ‚Teilnahme am Reichstreffen‘ einen von der Ortsgruppe unterstempelten Vermerk tragen“.[230]

Die Fahrt von ca. 2.000 Roten Frontkämpfern des Gaus Wasserkante, die in 28 Autos zum II. Reichstreffen fuhren, war nicht nur eine geplante, großangelegte Gemeinschaftstour, sie wurde zusätzlich gepriesen, da „in allen Orten, die sie berührten, eine gute planmäßige Landpropaganda durchgeführte“ wurde.[231] Während diese Maßnahme noch im Einklang zur Praxis gesehen werden konnte, geriet eine andere Tour im folgenden Jahr zur Widersprüchlichkeit. Allen Warnungen zum Trotz begaben sich am 26. April 1927 „sechs junge Bergarbeiter aus Aachen“ und zwei Kameraden aus Düsseldorf - die allesamt erwerbslos waren – zu Fuß nach Berlin. Ihre Reise wurde von der HVZ propagandistische begleitet und mit einigen Attributen der Agitationselemente jener Phase versehen u.a. folgendermaßen geschildert:

„Am 25. April abends 7.30 Uhr, waren die Tornister gepackt, und in voller Uniform, mit belgischem Koppelzeug, das ihnen Sympathisierende in der belgischen Besatzungstruppe schenkten, marschierten sie los. Um nicht Gefahr zu laufen, von den Mistgabeln fanatischer katholischer Bauern aufgespießt zu werden, mußten sie die erste Strecke des Weges nachts marschieren.

In Düsseldorf wurden sie von den Genossen mit großer Begeisterung aufgenommen. Einem verstorbenen RFB-Kameraden erwiesen sie die letzte Ehre und hielten die Totenwache.

In einem Eisenbahnstellwerk hinter Werden a.d. Ruhr wurden sie, weil sie kein anderes Quartier finden konnten, von einem sympathisierenden Eisenbahnbeamten mit viel Freude aufgenommen. Mit ihm kontrollierten sie die durchfahrenden Berliner Züge, ob sie schon von Stahlhelmern besetzt wären.

Aber auch Reichsbannerkameraden waren auf dem Posten. In Bochum begegneten unsere Kameraden 35 Reichsbannerarbeiter in Uniform, die auf dem Marsch nach Berlin waren, um zum Stahlhelmtag hier zu sein.

229 BL-Rundschr. 12/26 v. 9.4.1926.
230 Ebd. (Betr. Reichstreffen – Buchkontrolle).
231 4. RKonf., Blatt 19, Jahresbericht Gau Wasserkante.

Beilage zu Nummer 168 — Hamburger Volkszeitung — Donnerstag, 21. Juli 1927

Rote Frontkämpfer zu Fuß von Berlin nach Hamburg

Wie die „roten Wegeläufer" mit ihrem „Sturmvogel" nach Hamburg kamen

Von Schnüffel

Der Mann, der eine Idee hat

Gehen da im Berliner Westen in dem Abteilungslokal der Abteilung 2a des Roten Frontkämpferbundes zwei Kameraden an einem Tisch und erzählen sich etwas. Der Wirt hinter der Theke schenkt Bier aus. Er sieht immer in Bundeskleidung vor dem Zapfhahn, das kennt er nicht anders. Von den Wänden grüßen die Bilder revolutionärer Führer. Liebknecht — Lenin — Luxemburg.

Die beiden Kameraden sehen nach immer an ihrem Tisch. Eine ganze Weile schon, ohne miteinander zu reden. Es ging ihnen etwas sehr Wichtiges im Kopf herum.

Wie kommen wir blos nach Hamburg?

Ja, wie, das war die große Frage. Plötzlich haut der Größere von den beiden mit der Faust auf den Tisch, daß die — leichtverflüssigt — leeren Gläser auf- und niedertanzten. Der Kamerad Gastwirt warf einen schrägen Blick auf die beiden. Die merkten es aber nicht, sondern unterhielten sich flüsternd. Reden ist allerdings nur der, der die Idee gehabt hatte. Der andere hörte zu. Manche kommen begeisterter. „Knorke, det machn wir." Dann hauten sie beide auf, sahen ihre kleine Sache und antworteten ihrem Kameraden Wortenschlägen hinter der Theke auf seine neugierige Frage, was sie denn da zu zischeln gehabt hätten, leidtätigerweise, über das ganze Gesicht vor Freude strahlend:

„Wir laufen zu Fuß nach Hamburg!"

Der sah sie einen Moment verblüfft an, setzte sich dann an die Seiten und ein Glas, der sich allen mit angehört hatte, gab seiner Meinung dahingehend Ausdruck: „Det kann pleip's wohl?"

Auf dem Abteilungsabend des Roten Frontkämpfer-Bundes

Abteilungsabende der Roten Frontkämpferbundes fangen mit exakter Pünktlichkeit an. Das erfordert die Disziplin. Auch unsere beiden Kameraden waren da. Der Versammlungsleiter schwang die Glocke. Die Versammlung war eröffnet. Tagesordnung: „Unsere Abteilung und das Nordbeutsche Treffen in Hamburg." Wenn man aber dazu sprach, wurde erst einmal ein revolutionäres Lied gesungen. Dann ging es los. Ein Kamerad sprach über die Bedeutung dieses Treffens. Alles schön und gut. Die Arbeit hatten, wußten schon, wie sie hinkommen. Aber die Erwerbslosen? Erische Kameraden kratzten sich hinter den Ohren. Wie man auch rechnete, das Geld in der Abteilungskasse, die Gelder auf Sammellisten, alles langte nicht. Da rückte der Kamerad, der die Idee gehabt hatte, mit seinem Plan heraus. Alles horchte auf. Na und dann, als er fertig war, brach der Sturm los. „Das geht nicht" — „Die Stahlhelmer schlagen euch tot! — Dann könnt ihr im Chausseegraben verrecken!" und was derglaichen noch mehr an groben Wahrheiten und Meinungen ans Tageslicht gefördert wurde. Aber dann redeten welche, die die Sache gar nicht so übel fanden. Zum mindesten könne man darüber diskutieren. Das tat man denn auch. Als diese Versammlung der Abteilung 2a ihr Ende erreicht hatte, hatte man sich geeinigt. Mit Holzpantoffeln hinter den roten Soldaten her. Auf dem ersten besten Platz wurde halt gemacht. Der „rote Sturmvogel" öffnete sich. Da gab es für die polnischen Tagelöhner und Schnitter

Flugblätter in deutscher und polnischer Sprache,

da gab es die „Arbeiter-Illustrierte", Broschüren und Postkarten, die die „roten Wegeläufer" mit ihrem „Sturmvogel" durchfallen. Das war etwas Neues für die Bauern. Sie staunten den Wagen an, rissen sich um die Flugblätter. Sie, die sonst jeden Groschen sich zehnmal umdrehen, ehe sie ihn ausgaben, kauften den Kameraden gar manche Broschüre, gar manche Postkarte ab. Und packten die Kameraden ihre Sachen zusammen, machten sie sich wieder reisefertig, nahmen die Deichsel, faßten Tritt und Hörnerklang und Trommelschlag, dann gaben sie alle ihnen ein Geleit Weg Begleitung, und wie in den arbeiterreichen Gegenden der Großstädte, wie in den Fabriken und Werkstätten klang auch hier der Bundesruf „Rot Front!" über Wiesen und Felder. Gar manche schmeichelnde Bauernhaupt reckte sich zum erstaunten in die Höhe. Wohl zum erstenmal aber nicht zum letztenmal

Generalfahnenuniform des Führers Dr. Lüsfder. Sie lachten ihn mit seinen aufgetakelten Klempnerlehrlingen was aus. Draußen auf dem Schießplatz wurden „hetzerische" Reden geschwungen. Da nahm der Führer der „roten Wegeläufer" die Front ab. Dem mit den Generalstabsbehelfen wurde heiß und kalt dabei. Er fing an zu flattern und die zahlreich erschienenen Zuhörer fangen an zu lachen.

Rot Front Rufe auf der ganzen Linie.

Als sie abzogen, zogen die Arbeiter mit. In einer kurzen Ansprache wies ein Kamerad auf die Gefahren des Faschismus hin.

Inzwischen kamen aus den umliegenden Orten und Städten immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen. Gemeinsam mit den Kameraden, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern, gemeinsam mit den ehemaligen Reichsbannerkameraden und gemeinsam mit den Sympathisierenden wurde die

Neugründung einer RGO-Ortsgruppe

beschlossen. Mit diesem gewaltigen Gelöbnis Arbeiter dürften die „roten Wegeläufer" schon zufrieden sein.

Bäuer euch, ihr Knechte und Großbauern, die Beutestände und Mastgänse!

Die „roten Wegeläufer" helfen, helfen das Land auf.

Es brennt in Nauen

Müde und von beschwerlichen Tour legten sich die „roten Wegeläufer" schlafen. Da gelt müssen in der Nacht die Sirene. Es brennt in Nauen. Unsere Kameraden machen auf. Im selben Moment spritzen sie aus dem Bett. „Feuer! Feuer!" Der Bundesfiskal wird übergegangen, die Mütze auf den Kopf gestülpt. Barfuß geht es auf die Straße. Im Sturmschritt zur Brandstelle. Der Brandinspektor ist bald gefunden. Der Abteilungsführer der „roten Wegeläufer" meldet ihm: „Rote Frontkämpfer auf dem Wege von Berlin nach Hamburg melden sich zur Verfügung!" Dazu meine Genossen, neben Sie

Immer vorwärts, immer vorwärts!

Weiter ging es durch die Lande. Woran Bauern auf dem Felde beschäftigt, so wurde angehalten und ihnen Propagandamaterial in die Hand gedrückt. Denn sehen die Kameraden noch von Lenz, wie die Bauern auf den Feldern standen, die Köpfe zusammenrückten und diskutierten. Kam man an ein Wasser vorbei, dann geh es eine kleine Ruhepause. Die brennenden Füße wurden gekühlt und das gar manchmal kärgliche Mahl in fröhlichster Stimmung verzehrt. Trockes Brot mit Humor dabei! In solchen Ruhepausen wurden die Wäsche abgeschabt und gewrungen, da wurden die verstaubten Körper im frischen fließenden Wasser gebadet und die Wäsche gereinigt und gesäubert.

In Stadt und Land, überall wo revolutionäre Arbeiter sehen, erbeteten man für die Rote Hilfe, für die Clara-Zetkin-Woche. Die „roten Wegeläufer" wollten nicht zurückstehen. Man pfählte die Groschen zusammen, man verzichtete auf die gewohnten Zigaretten, man was sich einig, trockes Brot zu essen und schickten der tapferen Kämpferin ein Telegramm nach Moskau:

„Rote Wegeläufer" von Berlin nach Hamburg senden Clara Zetkin revolutionäre Grüße.

Das tummte durch den Draht, sprang über die Grenzpfähle hinweg und wäre durch das weite Rußland bis nach Moskau. Der tapferen Genossin ein Gruß von revolutionären Arbeitern.

Berlin macht Schule

Wie ein Lauffeuer drang die Kunde von den tapferen roten Kameraden durch das Land. Von Dorf zu Dorf, von Ort zu Ort. Die „roten Wegeläufer" kommen! Dann sagen die Arbeiter der kleinen Städte vor die Tore, ihren Brüdern entgegen. Parole und Rote Hilfe, Rote Frontkämpfer und viele, viele Arbeiter mit ihren Frauen. Dann riß man sich darum, bei wem sie ins Quartier sollten, dann gab man ihnen Essen und Trinken. Aber die meiste Freude brachte doch eine Zigarette oder Tabak. Im Triumph ging es dann zur Stadt. So auch in Wittenberge. Wieder einmal war der „Sturmvogel" fest, hier in Wittenberge war Schäfer beimlich. Von den Dächern wehten schwarzweißrote Fahnen. Da gab es Arbeit in Hülle und Fülle. Hatte doch der Stahlhelm von 5000 Mann gefehlt, die aufmarschieren wollten. Und seine 300 waren gekommen. Da lachten die Berliner den Wittenberger Arbeitern, wie man den Stahlhelm empfängt. Umgeben von zahlreichen Kriminalbeamten und Polizisten stellten sie sich an eine Straßenecke, und als der Stahlhelm kam mit seinen Kriegervereinsfahnen, mit seinen reaktionären Offizieren, da prasselten die Niederrufe auf sie herab. Da wurde der Stahlhelm derbrecklich empfangen. Das begeisterte die Wittenberger Arbeiter auch bald. Sie machten es den Kameraden nach. So mußte der Stahlhelm unter den kommenden Protestrufen der Arbeiterschaft, unter

Hochrufen auf die Rote Internationale

seinen inneren Aufmarsch vollziehen.

Die Arbeiter aber sammelten sich. Unter dem Gelang der Internationale demonstrierte man durch die Straßen. Voran die „roten Wegeläufer".

„Wo habt ihr eure Waffen?"

Nämlich lag Wittenberge hinter ihnen. Zwölf Tage war man unterwegs. Da kamen sie durch einen kleinen Flecken. Der „Sturmvogel" mit seinen verschiedenen roten Tüchern, mit seinen revolutionären Losungen polterte über das Straßenpflaster. Ein Forstbeamter und ein Gendarm sahen den Zug. Aha, Rote Frontkämpfer. Da war einmal eine Gelegenheit. Sind wir nicht die Hüter der heiligen Ordnung? — „Halt!" Die Roten Frontkämpfer hielten an. Nun, was wollten die denn? „Wo haben Sie ihre Waffen?" „Waffen? — Wir haben keine!" — Die beiden Tapferen wollten sie durchsuchen. Auch den Magen. Aber die Kameraden wollten nicht. Auf der Straße, auf keinen Fall. Es ging es denn mit „Rot Front" auf einen Bauernhof. So sehr die beiden sich auch Mühe gaben, Waffen wurden nicht gefunden. Wieder bei den Kameraden noch im „Sturmvogel". Da mußten sie sie wieder ziehen lassen. Die gerade „Pferde" waren, packten die Deichsel und zuckten ging es vom Bauernhof.

Lüneburg, das „romantische" Städtchen

Quer durch die Städte. Vorbei an den Sommerpalästen der Reichen, an dem ehemaligen Kaiserlichen Jagdschloß. Ist man machen die Zerstörungen für Wagen, als ein Kamerad seinen Kameraden eine Rede hielt, in der es von Beispielen über die Herrschaft der Kapitalisten nur so wimmelte. Schließlich verbrüderten sie sich wieder. Die Kameraden zogen Inmbenlang durch die Wälder. Auf nach Lüneburg. Durch die engen Gassen, an den alten, verfallenen, krummen und schiefen Häusern vorbei. Ganz Lüneburg war auf den Beinen. Vorbei die Tage des Naturvolkes, vorbei die Tage des Hungers und des Durstes. Lüneburgs Arbeiter wußten, was Solidarität heißt.

Am andern Tag ging es von Hof zu Hof, von Haus zu Haus. Weit hinaus in die Vororte, nach der Siedlungskolonie „Kriegsdorf" und nach dem schwarzrotgoldenen Bonnenviertel. Abends aber saßen alle zusammen, Lieder wurden gesungen und die Geschichte der Arbeiterschicht, die den Arbeiter zum Kampf rufen und ihm den Haß gegen die Gesellschaft einhämmern, die den Mitten zum Kampf erwecken und das Feinden der Arbeiterklasse Verderben singen, wurden vorgetragen. Dann hieß es von den freundlichen Genossen und Genossinnen Abschied nehmen. Bis nach Barbowlei wanderten die Lüneburger Genossen mit. Das war ein schweres Trennen. Noch einmal winkte ein „roter Wegeläufer" mit warmen, herzlichen Worten. Da weinten die Frauen und keiner der Genossen und Genossinnen schämte sich seiner Tränen.

Vor Hamburgs Toren

Die „roten Wegeläufer" sind in Hamburg. Vom Lüneburg zogen sie nach Winsen. Im dortigen Gewerkschaftshaus hatte der Wirt warmes Essen bereitgestellt und Zimmer freigemacht. Er wollte sie gleich bis zum Nordeutschen Treffen beherbergen. Auch hier war es wie in Lüneburg. Auch hier Straßen-, Haus- und Hofverbrüderbeit. Auch hier gemütliche Stunden im Kreise der Genossinnen und Genossen. Und ebenso in Harburg. 15 Tage waren sie jetzt unterwegs. Da gab es in Harburg noch einen Zwischenfall. Ein Kamerad fand mit einem Arbeiter im Gespräch auf der Straße. Das benutzte ein Spitz, um den Kameraden aufzuhalten, weiterzugehen. Als er den nicht sofort tat,

sprang er ihm an die Kehle.

Andere Spitzelamte kamen hinzu. Der Rote Frontkämpfer wurde auf die Wache geschleift. Hier wurde er auf das unmenschlichste behandelt.

Gummiknüppel und Faustschläge sausten auf ihn nieder. Da half der tapferste Widerstand nichts. Der Kameraden wurde an ein Bett geschleift und gefesselt. Ein Arbeiter, der den Vorfall mit angesehen hatte, meldete sich sofort als Zeuge. Die Gummiknüppel schlugen auf ihn ein, so daß dieser Arbeiter

mit blutunterlaufenen Augen im Krankenhaus transportiert

werden mußte. Der „roten Wegeläufer" bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Sie wollten ihren Kameraden wieder haben. Da griff die Polizei ein. Er ging auf die Wache. Zwei Stunden dauerte es, bis der Kameraden wieder freigesprochen wurde. Die Herbergen Pallasl war nach diesem brutalen und skandalösen Vorfall um ein Stammblatt reicher in ihrer langen Reihe von Arbeitersympathisanten.

Abb. 4 HVZ v. 21.7.1927 (Ausschnitt)

Den 1. Mai verlebten unsere Kameraden in Ahlen. Der Maifeier hatte der RFB das Gepräge gegeben. Begeistert wurden die Aachener RFB-Kameraden von der Ahlener Arbeiterschaft begrüßt.

Ein zweiter Nachtmarsch mußte nun angetreten werden, weil Gütersloh total faschistisch verseucht ist. Unsere Kameraden besichtigten dann die Bodelschwinghsche Stiftung in Bethel. Eifrige Propaganda unter den Kindern und dem Personal verschaffte ihnen neue Freunde."[232]

4.2.2.6

Nach einer weiteren Nachttour (wg. „faschistischer Ortschaften") nahmen die Wanderer an dem Kongreß der Werktätigen in Hannover teil, hielten eine Grabrede in Peine, da sich „Pfarrer und Gemeinde" in einem der umliegenden Dörfer geweigert hätten, ihn zu begraben. Sie gingen weiter nach Braunschweig, Helmstedt, Magdeburg, Brandenburg und Potsdam. Überall seien sie begeistert begrüßt worden und in Wannsee habe sie zu guter Letzt ein Privatauto mit nach Berlin genommen.

„Immer und immer wieder wurden sie durch ‚Rot-Front-Rufe gegrüßt. Arbeiter auf den Straßen fragten sie nach dem Wohin und Woher. Maurer stiegen von den Gerüsten und fragten sie, ob sie nach Berlin zum Roten Pfingstreffen wollten. Sie veranstalteten Sammlungen unter sich und gaben sie den Frontkämpfern als Wegzehrung. Oft begegneten unsere Genossen ganzen Trupps

232 HVZ v. 30.5.1927, 2. Beilage zu Nummer 124.

von Landarbeitern und Landarbeiterinnen auf dem Felde und riefen ihnen zu, nicht länger als acht Stunden zu arbeiten."[233]

Belege über eine mögliche Meinungsänderung in der BF liegen nicht vor, so daß lediglich ein Widerspruch zwischen den internen Anweisungen und der Propaganda zu konstatieren ist. Zumal die Wanderung nach Berlin im Juli 1927 eine Fortsetzung fand, als „rote Wegeläufer" mit ihrem „Sturmvogel" zum *Norddeutschen Treffen* nach Hamburg kamen (s. Dok. 4). Entgegen den Auflagen der Bundesführung wurde mit großem propagandistischen Aufwand die Reise per Pedes von neun Roten Frontkämpfern - in Uniform – in der HVZ begleitet. Am 27. Juni zogen die Mitglieder der Berliner Abteilung 2a mit einem rotfront-geschmückten Blockwagen los. Die Tour wurde zur Rechtfertigung teilweise als Aufmarsch und teilweise ebenfalls als eine besonderen Form der Landagitation bezeichnet und mit ähnlichen Beispielen umgeben, wie die Reise der Aachener.

Das Selbstverständnis des RFB, das in einem enggefaßten Kreis angesiedelt war, der das Bedürfnis nach Legalität, revolutionären Kampfethos, militärischen und pfadfinderischen Wertmaßstäben einband, brachte auch sehr kleinbürgerliche Ansichten zu Tage. Beispielhaft erwähnt seien die Vorwürfe gegen den Flensburger KPD- und RFB-Funktionär Lehmann, dem das Angebot eine Rede zu halten mit Hinweis auf seinen unanständigen Lebenswandel abgelehnt wurde.[234] Auch die Klage aus Niedersachsen an die Bundesführung des RFB wegen des Lebenswandels des Genossen Marnowski vom September 1927 fallen darunter.[235]

Ob das Bedürfnis nach Eliten im Gegensatz zu dem oben Ausgeführten steht, oder ein konsequentes Ergebnis dessen war, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Es bleibt lediglich kurz zu konstatieren, daß es in unterschiedlichen Formen vorhanden war. Von den bereits erwähnten Beispielen sei nur die *Rote Marine* herausgehoben. Im Oktober 1927 erläuterte die Gauführung Thüringen das Vorhaben, eine „Abteilung Liebknecht" zu bilden. Sie solle sich „aus all den Kameraden" zusammensetzen, „die wirklich aktiv innerhalb des RFB und der RJ tätig" seien.[236] Wenn auch „in erster Linie das Rekruten-Depot der Partei" damit aufgefüllt werden sollte, so wurden die sonstigen Aufgabenbereiche – „Werbe- und Propagandatätigkeit" und „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" – entweder vom RFB oder von der KPD bearbeitet.

233 Ebd.
234 LAS 301-4547/49A, Tgb.Nr. I 132/26, Pol.B Wilster, Flensburg, 11.10.1926.
235 SAPMO FBS 310/13144, I 4/2/14, Bl. 356.
236 SAPMO FBS 310/13144, I 4/2/14, Bl. 278f.